

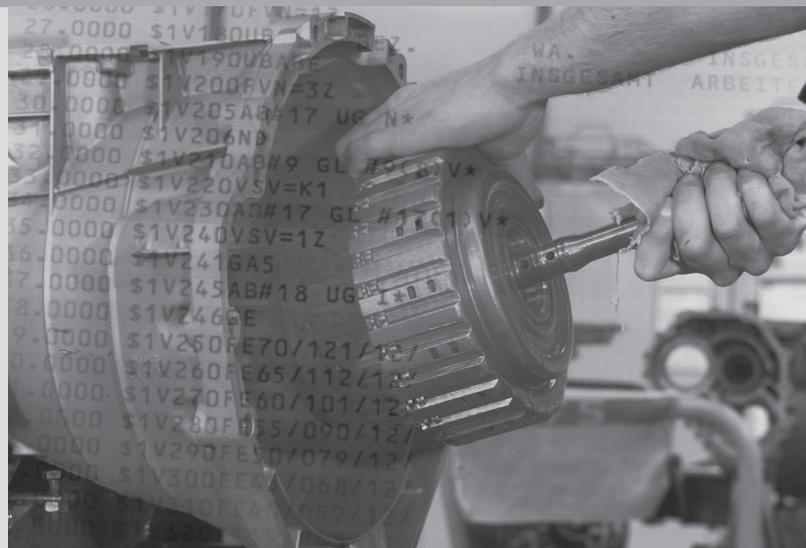
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder



Zusammenhänge, Bedeutung und Ergebnisse

Ausgabe 2019

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder



Zusammenhänge, Bedeutung und Ergebnisse

Ausgabe 2019

Herausgeber:

Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ im Auftrag der Statistischen Ämter der 16 Bundesländer, des Statistischen Bundesamtes und des Bürgeramtes, Statistik und Wahlen, Frankfurt a. M.

Herstellung und Redaktion:

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg
Böblinger Straße 68
70199 Stuttgart
Telefon: 0711/641-0
Fax: 0711/641-2440
E-Mail: poststelle@stala.bwl.de
Internet: www.statistik-bw.de

Erscheinungsfolge: jährlich

Erschienen im Juli 2019

Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: August 2018/Februar 2019.

Grundsätzlich wird angestrebt, die sprachliche Gleichbehandlung von Frauen und Männern in Form von geschlechtergerechten Formulierungen umzusetzen. Für Begriffe ohne gendergerechte, sinngetreue und zugleich lesefreundliche Alternative müsste stets die längere Paarform verwendet werden (zum Beispiel Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer). Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird in dieser Veröffentlichung bei sehr häufig vorkommenden Formulierungen auf die zusätzliche Nennung der weiblichen Form verzichtet. Die jeweilige männliche Bezeichnung bezieht sich ausdrücklich auf Männer und Frauen.

Preis: Kostenfrei unter www.statistikportal.de und www.vgrdl.de
als Druckexemplar 6 EUR (Schutzgebühr)

Weitere fachliche Informationen zu den VGR der Länder erhalten Sie auf der Homepage des Arbeitskreises unter www.vgrdl.de.

ISSN 1868-8101

Fotorechte (Cover):

© Statistische Ämter des Bundes und der Länder

© Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Stuttgart, 2019
(im Auftrag der Herausbergemeinschaft)

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangaben gestattet.

Die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) stellen das umfassendste statistische Instrumentarium der Wirtschaftsbeobachtung dar. Um zentrale wirtschaftliche Indikatoren auch für die Länder sowie die kreisfreien Städte und Landkreise zu berechnen, wurde 1954 der Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ (AK VGRdL) gegründet. Diesem Arbeitskreis gehören die Statistischen Ämter der 16 Bundesländer sowie das Statistische Bundesamt und das Bürgeramt, Statistik und Wahlen der Stadt Frankfurt am Main als Vertreter des Deutschen Städtetags an. Vorsitz und Federführung des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ obliegen dem Statistischen Landesamt Baden-Württemberg.

Die Ergebnisse der regionalen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen liefern für Politik, Wirtschaft und Wissenschaft wichtige Informationen über das Wirtschaftswachstum, die Einkommenssituation, den Konsum und die Investitionstätigkeit auf regionaler Ebene, sowohl im nationalen als auch europäischen Kontext.

Die gemeinschaftlich erstellte Broschüre soll ein Einstieg in die Länderrechnung sein und die komplexen Zusammenhänge der Volkswirtschaft in anschaulicher Weise darstellen. Im Mittelpunkt stehen neben der Darstellung der organisatorischen und methodischen Besonderheiten der regionalen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen nähere Erläuterungen zu Bedeutung und Aussagegehalt der zentralen Indikatoren wie Bruttoinlandsprodukt, verfügbares Einkommen und Konsum der privaten Haushalte sowie Bruttoanlageinvestitionen. Die grafischen Darstellungen aktueller Ergebnisse ermöglichen im regionalen Vergleich der Entwicklungen und Strukturen eine Positionsbestimmung der einzelnen Bundesländer. Tiefer gegliedertes Datenmaterial auf Länder- und Kreisebene bietet der Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ in Form von gezippten Excel-Dateien unter www.vgrdl.de im kostenlosen Download an.

Ich würde mich freuen, wenn die Broschüre zur Diskussion gesamtwirtschaftlicher Fragestellungen in ihrer regionalen Tragweite anregt und das Interesse an differenzierterem Datenmaterial weckt. Rückfragen können jederzeit an das Statistische Landesamt Baden-Württemberg sowie an jedes andere im Anschriftenverzeichnis aufgeführte Mitglied des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ gerichtet werden. Für Anregungen, Hinweise und Verbesserungsvorschläge ist der Arbeitskreis dankbar.

Stuttgart, im Juli 2019

Dr. Carmina Brenner
Präsidentin des Statistischen Landesamtes
Baden-Württemberg
Vorsitzende des Arbeitskreises
„Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“

Vorwort	3
Zeichenerklärung	5
Heftmitte: Verwaltungskarte Deutschland 2019	
Information zu den Revisionen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Länder	6
Aufgabenverteilung im Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ – Juni 2019 –	7
Rückblick	8
Der Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“	10
Die regionalen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen in Deutschland	11
Schematische Darstellung der Aggregate der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen	13
Die Bedeutung der regionalen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Wirtschaft, Politik und Gesellschaft	14
Bruttoinlandsprodukt 2018 für Deutschland in Mrd. EUR (in jeweiligen Preisen)	17
Bruttoinlandsprodukt	18
Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen (Arbeitsproduktivität) 2018 gegenüber 1991 nach Bundesländern (Karte)	19
Bruttowertschöpfung	20
Bruttowertschöpfung 2018 nach Bundesländern (Karte)	21
Arbeitnehmerentgelt	22
Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer (Lohnkosten) 2018 gegenüber 1991 nach Bundesländern (Karte) ...	23
Bruttoanlageinvestitionen	24
Bruttoanlageinvestitionen zum Bruttoinlandsprodukt (Investitionsquote) 2016 nach Bundesländern (Karte) ..	25
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte	26
Verfügbares Einkommen je Einwohner 2017 gegenüber 1991 nach Bundesländern (Karte)	27
Konsumausgaben und Sparen der privaten Haushalte	28
Konsumausgaben und Sparen der privaten Haushalte 2017 nach Bundesländern (Karte)	29
Veröffentlichungen des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ 2019	30
Anschriftenverzeichnis der Mitglieder des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“	33
Wirtschaftszweiggliederung in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen nach WZ 2008	35

Abkürzungsverzeichnis	36
Tabellenanhang	37
1. Wirtschaftswachstum seit 1991 nach Bundesländern	38
2. Bruttoinlandsprodukt – in jeweiligen Preisen – seit 1991 nach Bundesländern	40
3. Arbeitsproduktivität seit 1991 nach Bundesländern	42
4. Arbeitnehmerentgelt (Inland) seit 1991 nach Bundesländern	44
5. Lohnkosten seit 1991 nach Bundesländern	46
6. Investitionsquote seit 1991 nach Bundesländern	48
7. Kapitalstock seit 1991 nach Bundesländern	50
8. Bruttoanlageinvestitionen – in jeweiligen Preisen – seit 1991 nach Bundesländern	52
9. Verfügbares Einkommen seit 1991 nach Bundesländern	54
10. Verfügbares Einkommen je Einwohner seit 1991 nach Bundesländern	56
11. Private Konsumausgaben – in jeweiligen Preisen – seit 1991 nach Bundesländern	58
12. Private Konsumausgaben – in jeweiligen Preisen – je Einwohner seit 1991 nach Bundesländern	60
13. Sparen der privaten Haushalte seit 1991 nach Bundesländern	62
14. Sparquote der privaten Haushalte seit 1991 nach Bundesländern	64

Zeichenerklärung

– = nichts vorhanden (genau Null) bzw. keine Veränderung eingetreten

0 = Zahl ungleich Null, jedoch kleiner als die Hälfte von 1 in der letzten ausgewiesenen Stelle

. = Zahl unbekannt oder geheim zu halten

... = Angabe fällt später an

X = Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll

Abweichungen in den Summen erklären sich durch Runden der Zahlen.

Information zu den Revisionen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Länder

Die Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) werden turnusmäßig etwa alle 5 Jahre in sogenannten Generalrevisionen überarbeitet. Dabei sollen insbesondere neue, international vereinbarte Konzepte, Definitionen und Klassifikationen eingeführt sowie methodische Verbesserungen und, soweit verfügbar, neue Datengrundlagen eingearbeitet werden. Zuletzt fanden in den VGR 1999, 2005, 2011 unter anderem zur Einführung der neuen Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008) sowie 2014 Generalrevisionen statt. Die Revision 2014 diente in erster Linie der europaweiten Einführung des neuen Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG) 2010. Die bedeutendste quantitative

Methodenänderung war hier die geänderte Behandlung von Forschung und Entwicklung als Investition.

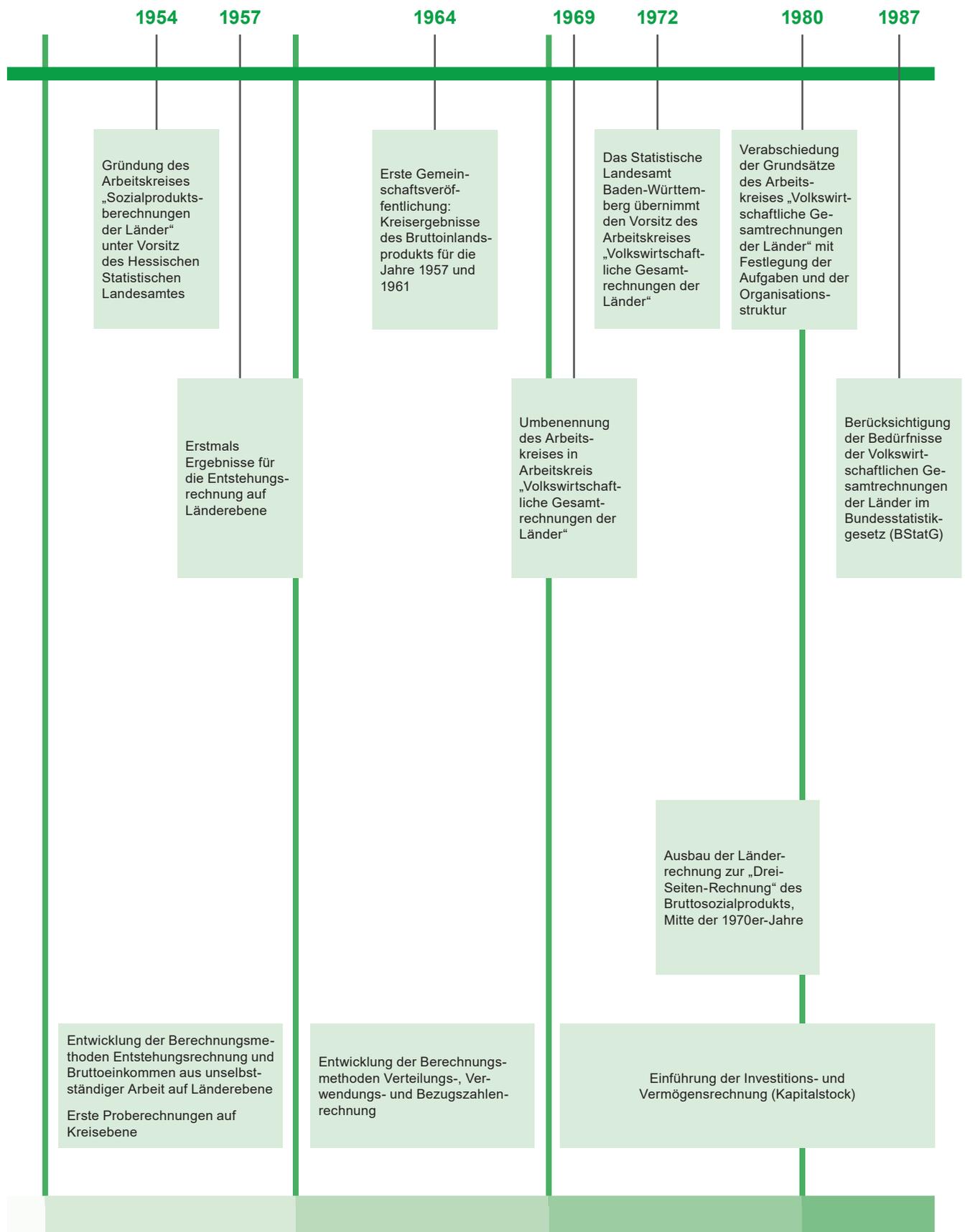
Die nächsten VGR-Generalrevisionen finden 2019 und voraussichtlich 2024, überwiegend europaweit harmonisiert, statt. Um den Datennutzern nach umfassenden Revisionen weiterhin methodisch konsistente Zeitreihen zur Verfügung zu stellen, werden die VGR-Aggregate dabei soweit möglich bis zum Jahr 1991 zurückgerechnet.

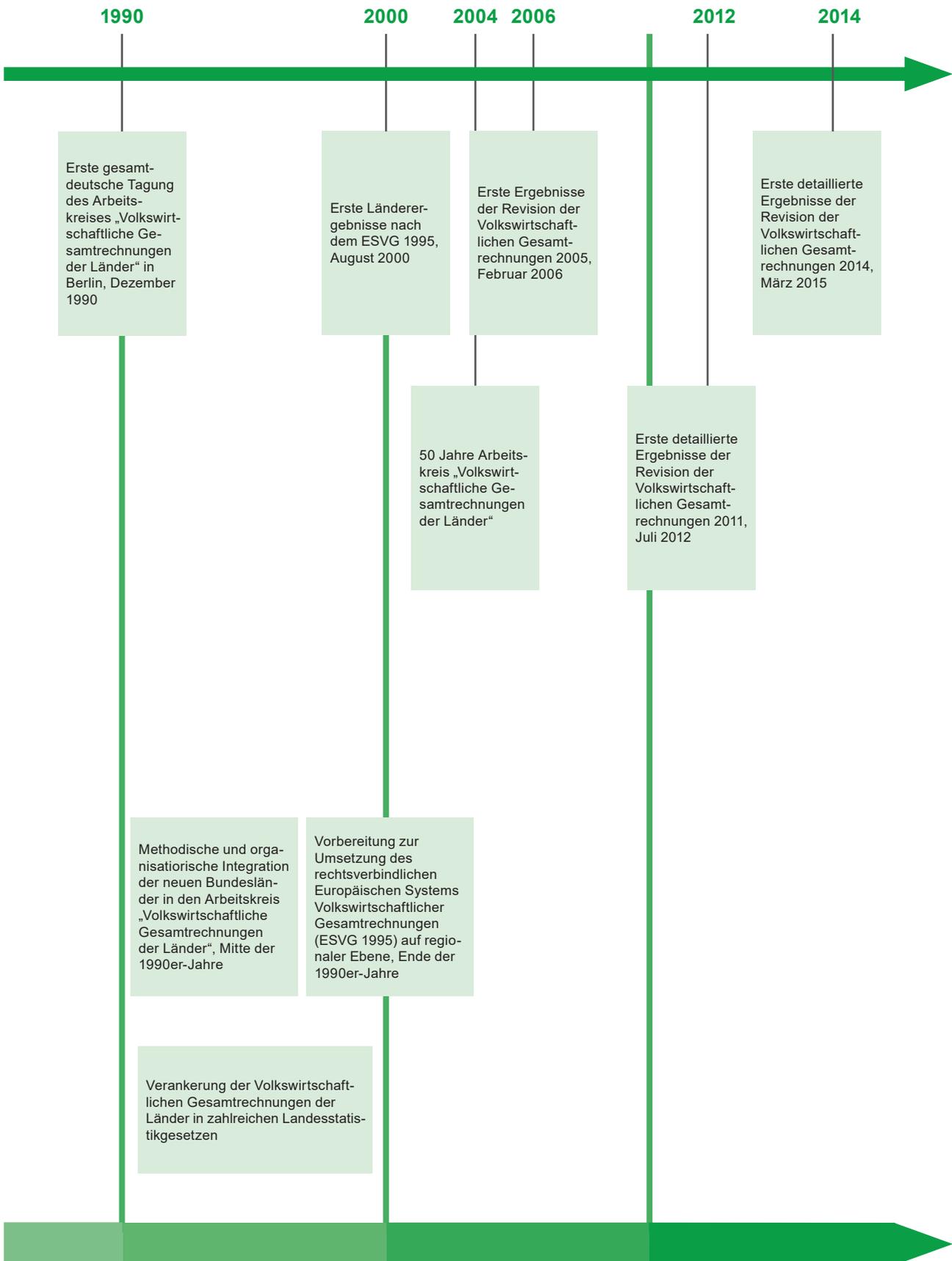
Weitere Informationen unter www.vgrdl.de.

Aufgabenverteilung im Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ – Juni 2019 –

Land	Koordinierungsaufgaben	WZ 2008
Baden-Württemberg	Federführung BWS Land- und Forstwirtschaft, Fischerei Anlagevermögen, Abschreibungen Maschinelle Aufbereitung sämtlicher VGR-Daten Methodendokumentation Gemeinschaftsveröffentlichungen	A A – T
Bayern	Fortschreibungen Bruttoinlandsprodukt (BIP), Bruttowertschöpfung (BWS) Sekundäre Einkommensverteilung	A – T
Berlin und Brandenburg	Arbeitnehmerentgelt (ANE, Inland) BWS Private Haushalte mit Hauspersonal Restposten	A – T (ohne O) T
Bremen	BWS Verkehr und Lagerei BWS Information und Kommunikation	H J
Hessen	Subventionen BWS Finanz- und Versicherungsdienstleister	A – T K
Mecklenburg-Vorpommern	Primäre Einkommensverteilung	
Niedersachsen	Sonderauswertung aus dem Unternehmensregister der statistischen Ämter des Bundes und der Länder	
Nordrhein-Westfalen	Bruttoanlageinvestitionen BWS Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden BWS Verarbeitendes Gewerbe BWS Energieversorgung BWS Wasserversorgung; Entsorgung u. Ä.	A – T B C D E
Rheinland-Pfalz	BWS Baugewerbe BWS Grundstücks- und Wohnungswesen	F L
Saarland	Produktions- und Importabgaben	A – T
Sachsen	BWS Gastgewerbe BWS Freiberufliche, wissenschaftliche und technische Dienstleister BWS Sonstige Unternehmensdienstleister BWS Erziehung und Unterricht BWS Gesundheits- und Sozialwesen	I M N P Q
Sachsen-Anhalt	Konsumausgaben der privaten Haushalte	
Hamburg und Schleswig-Holstein	BWS Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen BWS, ANE Öffentliche Verwaltung, Verteidigung und Sozialversicherung Konsumausgaben des Staates	G O
Thüringen	BWS Kunst, Unterhaltung und Erholung BWS Sonstige Dienstleister anderweitig nicht genannt Bezugszahlen: Bevölkerung	R S

Rückblick





Der Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“

Stimmberechtigte Mitglieder: Die Statistischen Ämter der Länder



Baden-Württemberg



Mecklenburg-Vorpommern



Bayern



Niedersachsen



Berlin



Nordrhein-Westfalen

und



Brandenburg



Rheinland-Pfalz



Bremen



Saarland



Hamburg



Sachsen

und



Schleswig-Holstein



Sachsen-Anhalt



Hessen



Thüringen

Weitere Mitglieder:



Statistisches Bundesamt



vertreten durch: Stadt Frankfurt am Main
Bürgeramt, Statistik und Wahlen

Gast:



Europäische Kommission
Eurostat

Statistisches Amt der Europäischen Union

Die regionalen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen in Deutschland

Der Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“

Die regionalen Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) für die Länder und Kreise der Bundesrepublik Deutschland werden vom Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ erstellt. In diesem Arbeitskreis sind alle Statistischen Ämter der Bundesländer stimmberechtigte Mitglieder. In beratender Funktion sind das Statistische Bundesamt (DESTATIS) und das Bürgeramt, Statistik und Wahlen der Stadt Frankfurt am Main als Vertretung des Deutschen Städtetages ständige Mitglieder sowie als Gast das Statistische Amt der Europäischen Union (EUROSTAT). Das federführende Statistische Landesamt Baden-Württemberg vertritt den Arbeitskreis nach außen.

Aufgaben und Ziele

Der Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ hat die Aufgabe, die Aggregate der regionalen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen nach den konzeptionellen Grundlagen, Methoden und Regeln des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen 2010 (ESVG 2010) zu berechnen, zu veröffentlichen und die fristgerechte Lieferverpflichtung von Regionalergebnissen an EUROSTAT zu erfüllen.

Die Durchführung der regionalen VGR nach den Grundsätzen und konzeptionellen Grundlagen des ESVG sichert die Vergleichbarkeit der Ergebnisse auf allen Ebenen, der regionalen, nationalen und internationalen. Die Regionalergebnisse in Deutschland sind immer auf die nationalen Ergebnisse abgestimmt. Die regionalen VGR liefern Ergebnisse für Bundesländer und alle kreisfreien Städte und Landkreise in Deutschland.

Regionale Größen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

In den regionalen VGR in Deutschland steht die Entstehungsrechnung des Bruttoinlandsprodukts im Mittelpunkt. Anders als in den nationalen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen kann aufgrund von Einschränkungen und Lücken der statistischen Basis und der Möglichkeiten zur Regionalisierung von Aggregaten der VGR in den Regionalrechnungen kein vollständiger Wirtschaftskreislauf und kein geschlossenes Kontensystem sowie kein Nachweis für alle Sektoren der Volkswirtschaft erstellt werden. Somit konzentrieren sich die regionalen VGR in Umfang und Gliederungstiefe auf einen für Regionen signifikanten Kern von Aggregaten.

Wichtige Entstehungs-, Verteilungs- und Verwendungsgregate, die im Rahmen der regionalen VGR dargestellt werden, enthält die Grafik auf Seite 13.

Berechnungsmethoden

Die Größen der regionalen VGR in Deutschland werden ausgehend von den Ergebnissen der nationalen VGR berechnet. Damit unterscheiden sich die VGR grundsätzlich von der Erhebung einzelner Tatbestände in den Fachstatistiken. Hier werden die Ergebnisse in der Regel von der kleinsten regionalen Ebene zur nächst höheren Ebene zusammengeführt. In den regionalen VGR verläuft die Berechnung genau umgekehrt. Das bedeutet, dass zuerst nationale, vom Statistischen Bundesamt ermittelte Ergebnisse für Deutschland vorliegen, die im Anschluss zunächst auf die Bundesländer aufgeteilt werden. Die Länderergebnisse bilden wiederum die Ausgangswerte für die weitere regionale Verteilung auf die Kreise.

Regionalisierungsverfahren

Zur Regionalisierung sieht das ESVG 2010 zwei Methoden vor, die Bottom-Up-Methode und die Top-Down-Methode. Die Wahl der Methode ist abhängig von der Verfügbarkeit regionalspezifischer statistischer Ausgangsgrößen.

Bei der Bottom-Up-Methode werden die vorliegenden regionalspezifischen Basisstatistiken zur Berechnung herangezogen und sozusagen „von unten nach oben“ zusammengeführt. Dabei ergibt die Summe der so berechneten regionalen Ergebnisse zunächst einen Wert, dessen Abweichung vom nationalen Ergebnis noch über Koordinierung proportional auf die regionalen Ausgangswerte aufgeteilt wird.

Bei der Top-Down-Methode wird genau andersherum vorgegangen. Die nationalen Gesamtgrößen werden in Ermangelung regionalspezifischer Ausgangsgrößen auf die einzelnen Regionen verteilt. Die Verteilung erfolgt anhand von Schlüsselgrößen, die in möglichst engem Zusammenhang zu den zu berechnenden Aggregaten stehen und sie so genau wie möglich widerspiegeln. Im Ergebnis bildet bei jeder Methode die Summe der regionalen Werte das nationale Ergebnis.

Berechnungszeiträume

Für eine zeitnahe Ergebniserstellung finden in den VGR vielfach Fortschreibungsverfahren Verwendung, da die Vielzahl an statistischen Ausgangsgrößen aus Datenquellen stammt,

die nicht unmittelbar nach Ablauf eines Berichtszeitraums vorliegen, sondern erst später sukzessive zur Verfügung stehen. Bei diesen Verfahren werden die vorliegenden Werte von VGR-Aggregaten mittels geeigneter Indikatoren, die die Entwicklung des jeweiligen Aggregats ähnlich genau widerspiegeln, fortgeschrieben. Diese Methode wird vor allem bei der Berechnung des Bruttoinlandsprodukts und der Arbeitnehmerentgelte angewendet, an deren zeitnahen Ergebnissen ein sehr starkes Interesse von Wirtschaft, Politik und Öffentlichkeit besteht.

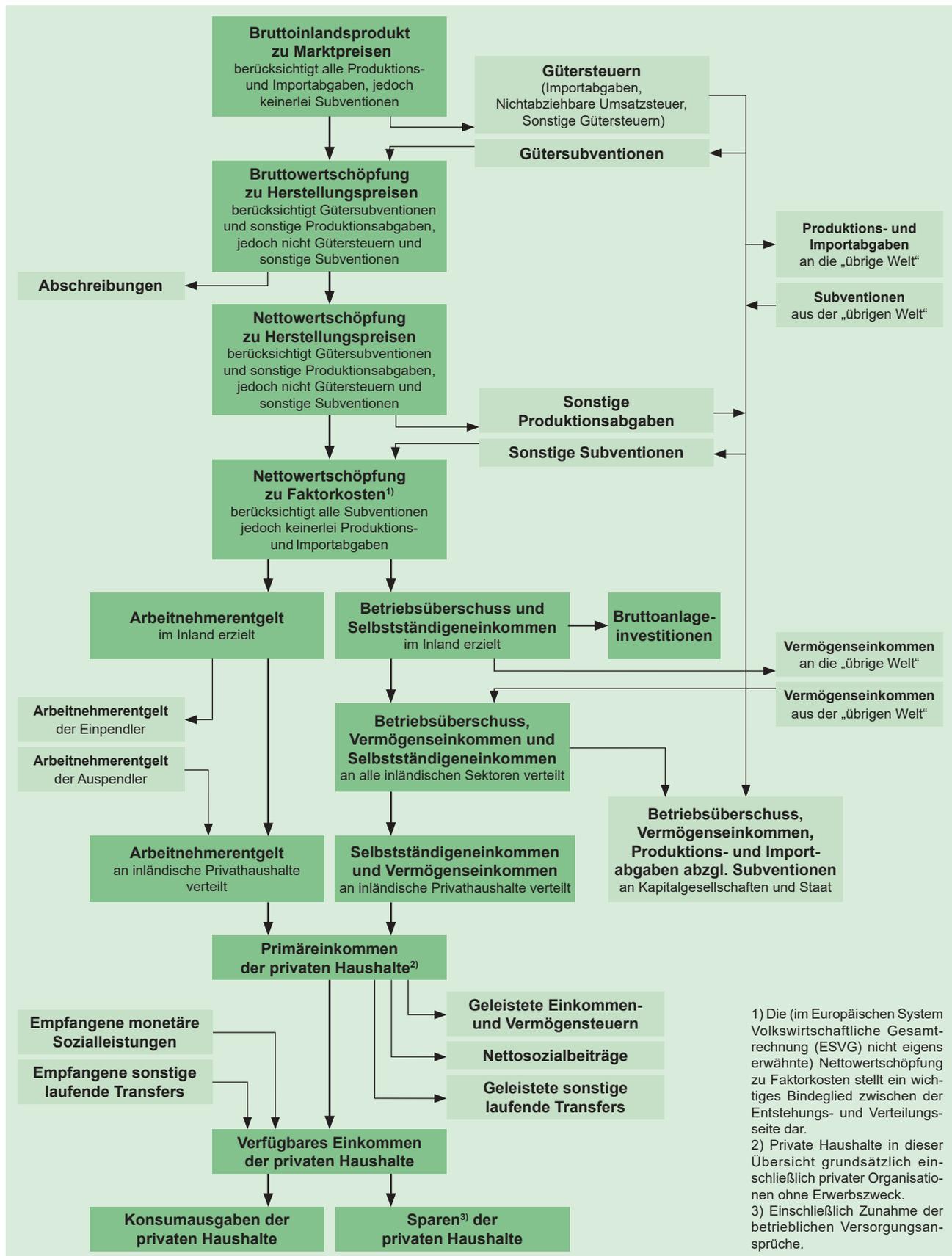
Die VGR-Aggregate werden – sobald weitere, vollständigere und präzisere Datenquellen vorliegen – in mehreren Schritten neu berechnet, zuletzt in sogenannten Originärberechnungen.

Zusätzlich zu den turnusmäßigen Überarbeitungen aufgrund der Vervollständigung der Ausgangsinformationen in den

laufenden Berechnungen werden sogenannte große Revisionen in der Regel in 5-jährigem Abstand durchgeführt. Sie dienen dazu, einen mittel- bis langfristig auftretenden Korrekturbedarf umzusetzen, neue Konzepte und gegebenenfalls neue Klassifikationen einzuführen, methodische Verbesserungen zu realisieren sowie neue Datenquellen und Ergebnisse von Großzählungen einzubeziehen.

Die letzte große Revision in den VGR, die Revision 2014, diente hauptsächlich der Umsetzung des neuen Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen 2010 (ESVG 2010). Es basiert auf dem weltweit gültigen System of National Accounts (SNA 2008) und löste das ESVG 1995 ab. Neben der Einführung des ESVG 2010 wurden auch die bisherigen Berechnungsmethoden grundlegend und systematisch überprüft, für eine Reihe von Wirtschaftsbereichen die Berechnungen methodisch verbessert und neue Datenquellen integriert.

Schematische Darstellung der Aggregate der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen



Die Bedeutung der regionalen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Wirtschaft, Politik und Gesellschaft

Die regionalen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) verfolgen die Aufgabe, ein möglichst vollständiges quantitatives Gesamtbild des wirtschaftlichen Ablaufs und der damit verbundenen wirtschaftlichen Tätigkeiten und Vorgänge in der Volkswirtschaft einer Region für eine abgelaufene Periode zu geben. Dabei gilt es, die Zusammenhänge in einem Wirtschaftskreislauf zu verdeutlichen. In den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen finden im Wesentlichen die Produktion, Verteilung und Verwendung von Waren und Dienstleistungen sowie die damit einhergehende oder auch daraus resultierende Entstehung, Verteilung und Verwendung von Einkommen ihren Niederschlag.

Entstehungsrechnung

Die Berechnung der Entstehungsseite – auch Entstehungsrechnung genannt – umfasst alle Transaktionen im Zusammenhang mit der Produktion von Waren und Dienstleistungen. Zentrale Größen der Entstehungsrechnung sind das Bruttoinlandsprodukt (BIP) und die Bruttowertschöpfung (BWS). Die Bruttowertschöpfung ist eine Kennzahl der wirtschaftlichen Leistung der Wirtschaftsbereiche. Werden die Ergebnisse der einzelnen Wirtschaftsbereiche zusammengeführt, die Gütersteuern addiert und die Gütersubventionen abgezogen, erhält man das Bruttoinlandsprodukt. Die preisbereinigte Veränderung des Bruttoinlandsprodukts gegenüber dem Vorjahr bzw. einem Vergleichsjahr beschreibt das Wirtschaftswachstum bzw. die Wirtschaftsentwicklung.

Ergebnisse der regionalen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen bestimmen auf europäischer Ebene maßgeblich die Verteilung der finanziellen Mittel aus den EU-Strukturfonds. So ist das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner auf der Ebene „NUTS 2“ (entspricht in Deutschland in der Regel der Ebene Regierungsbezirk) von sehr hoher Bedeutung, da es unter anderem das Kriterium für den Anspruch auf Fördermittel für die sogenannten Ziel-1- bzw. Ziel-„Konvergenz“-Gebiete (das heißt Regionen mit Entwicklungsrückstand) ist. Das Bruttoinlandsprodukt stellt ferner eine wichtige Bezugsgröße der EU-Strukturindikatoren dar. Dies betrifft zum Beispiel:

- Arbeitsproduktivität der Erwerbstätigen bzw. auf der Grundlage der Arbeitsvolumina (Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen bzw. je geleistete Arbeitsstunde der Erwerbstätigen),
- Öffentliche Bildungsausgaben in Prozent des Bruttoinlandsprodukts,
- Informations- und Kommunikationstechnologieausgaben in Prozent des Bruttoinlandsprodukts.

Datennutzer im Inland sind vor allem Ministerien und Verwaltungen, Kammern und Verbände, Forschungseinrichtungen und Hochschulen, Banken und andere Unternehmen sowie Medien und Privatpersonen. So werden die Informationen zum Wirtschaftswachstum von großen Ratingagenturen zur

Einschätzung der Kreditfähigkeit von Ländern im Rahmen ihrer Länderrankings mit herangezogen. In diesem Zusammenhang wird auch die Entwicklung der Arbeitsproduktivität mit betrachtet. Ferner ist das Bruttoinlandsprodukt bzw. die Bruttowertschöpfung (in jeweiligen Preisen) je Erwerbstätigen oder je geleistete Erwerbstätigenstunde ein wichtiger Indikator, an den private Investoren unter anderem ihre Standortentscheidungen knüpfen, die wiederum Arbeitsplätze, die regionale Wirtschaftsleistung und die jeweiligen Steuereinnahmen beeinflussen. Anhand dieser Größen lassen sich zudem vergleichbare Aussagen zum Prozess der Angleichung der neuen an die alten Länder treffen.

Auf der Basis von Kreisergebnissen zur Bruttowertschöpfung kann die Ausgewogenheit der Wirtschaftsstruktur von Regionen eingeschätzt und bei Defiziten die Ansiedlung von Unternehmen gefördert werden. Weitere regionale Förderentscheidungen orientieren sich ebenfalls am Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen der Regionen. Gleichzeitig dient es als Indikator zur Überprüfung des Einflusses regionaler Förderprogramme oder besonderer Förderpräferenzen zum Beispiel bei Gebieten mit besonderen Entwicklungsaufgaben (GmbE).

Auf regionale Ergebnisse zum Bruttoinlandsprodukt und zur Bruttowertschöpfung stützten sich in der Vergangenheit auch geldpolitische Entscheidungen des Zentralbankrates der Bundesbank im Rahmen der Konjunktur- und Strukturanalysen. Gleichzeitig stellen diese Regionalergebnisse Ausgangsgrößen für die Konjunkturprognosen von Wirtschaftsforschungsinstituten dar.

Das Bruttoinlandsprodukt wird in der Öffentlichkeit nicht nur als Wirtschaftsindikator, sondern zugleich als allgemeiner Wohlstandsindikator angesehen. Allerdings ist es dafür nicht konzipiert worden. Im Jahr 2009 wurde unter anderem mit dem sogenannten Stiglitz-Sen-Fitoussi-Report¹ die Diskussion zum Thema „Wohlfahrtsmessung“ neu initiiert. Das Bruttoinlandsprodukt allein reicht nicht aus, um die Aspekte „Lebensqualität“, „Wohlstand“, „nachhaltige Entwicklung“ sowie „gesellschaftlicher Fortschritt“ messen zu können. Die Diskussion verläuft seitdem sowohl in Deutschland als auch im europäischen bzw. internationalen Kontext auf breiter gesellschaftlicher Ebene. Vorliegende Studien und Projektberichte zeigen, dass es nicht nur einen einzigen, ganzheitlichen Wohlstands- bzw. Fortschrittsindikator geben kann. Stattdessen werden Indikatorensysteme diskutiert, die, neben das Bruttoinlandsprodukt gestellt, die genannten Aspekte messen können².

¹ Vgl. Report by the Commission on the Measurement of Economic Performance and Social Progress, 2009, URL: http://www.stiglitz-sen-fitoussi.fr/documents/rapport_anglais.pdf (Stiglitz-Sen-Fitoussi-Bericht; Abruf vom 27.05.2013)

² Vgl. Hoffmann, S. und W.-D. Speich: Bruttoinlandsprodukt (BIP) und mehr – aktueller Stand der Diskussion. In: Statistik in Sachsen, 3/2012, S. 34–44.

Einkommensentstehungsrechnung

Die Einkommensentstehungsrechnung ist Bestandteil der regionalen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und wird formal der Verteilungsrechnung zugeordnet. Ihre zentralen Größen sind das nach Wirtschaftsbereichen berechnete Arbeitnehmerentgelt (ANE) sowie der Betriebsüberschuss bzw. das Selbstständigeneinkommen. Beide Einkommensgrößen zeigen, wie sich die im laufenden Produktionsprozess entstandene Wertschöpfung als Einkommen auf die Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital verteilt. Die Einkommensentstehungsrechnung ist damit elementare Rechengrundlage für die eigentliche Verteilungsrechnung.

Unter den regionalen Ergebnissen kommt den Bruttolöhnen und -gehältern (BLG), die Bestandteil des Arbeitnehmerentgeltes sind, im Rahmen der Ermittlung der Rentenanpassung eine sehr hohe Bedeutung zu.

Aus den Kreisergebnissen zum Arbeitnehmerentgelt werden ergänzende Informationen zur regionalen Wirtschaftsstruktur gewonnen und bei strukturpolitischen Förderentscheidungen zur Unternehmensansiedlung mit herangezogen. Die regionalen Lohnkosten (Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer bzw. je geleistete Arbeitsstunde der Arbeitnehmer) sind unter anderem ein wichtiger Indikator für Standortentscheidungen privater Investoren. Mithilfe der Lohnkosten können weitere Aussagen zum Prozess der Angleichung der neuen an die alten Länder getroffen werden. Sie fließen zudem in die Lohnstückkosten (Lohnkosten/Arbeitsproduktivität [Bruttoinlandsprodukt bzw. Bruttowertschöpfung {in jeweiligen Preisen} je Erwerbstätigen bzw. je geleistete Arbeitsstunde der Erwerbstätigen]) ein, auf die bei Betrachtungen der Wettbewerbsfähigkeit und Standortattraktivität von Regionen und/oder Wirtschaftsbereichen ebenfalls häufig zurückgegriffen wird.

Verteilungsrechnung

Die Verteilungsrechnung ist ein weiteres Teilgebiet der regionalen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und knüpft an die Ergebnisse der Einkommensentstehungsrechnung an. Sie weist die primäre und sekundäre Verteilung der im volkswirtschaftlichen Produktionsprozess entstandenen Erwerbs- und Vermögenseinkommen aus. Gleichzeitig werden die Einkommensströme von und an die übrige Welt berücksichtigt. Neben dem Bruttonationaleinkommen sind das Primäreinkommen und das Verfügbare Einkommen wichtige Größen der Verteilungsrechnung.

Ein Vergleich der regionalen Ergebnisse des Primäreinkommens mit denen zur Bruttowertschöpfung liefert Aussagen darüber, inwiefern die im laufenden Produktionsprozess entstandene Wertschöpfung als Einkommen in den jeweiligen Regionen verbleibt. Auf der Grundlage der regionalen Primäreinkommensergebnisse kann die Ausgewogenheit der regionalen Einkommensstruktur eingeschätzt und durch die Ergebnisse zum Verfügbaren Einkommen die sozialpolitisch motivierte Korrektur durch das Umverteilungssystem betrachtet werden.

Insbesondere das Verfügbare Einkommen der privaten Haushalte liefert detaillierte Informationen über die materielle Lage privater Haushalte in den einzelnen Regionen (Länder- und Kreisebene). Die Ergebnisse zum Verfügbaren Pro-Kopf-Einkommen gewähren zum Beispiel Aussagen zum Prozess der Angleichung der neuen an die alten Länder. Mittelbar lassen sich aus dem Niveau und der Entwicklung des Verfügbaren Einkommens Aussagen über die Kaufkraft der privaten Haushalte ableiten, wobei natürlich die Preisentwicklung noch unberücksichtigt bleibt. An die nominale Kaufkraft knüpfen zum Beispiel die Vertreter des Einzelhandels, des Freizeit-, Sport- und Unterhaltungsgewerbes, der Kredit- und Versicherungswirtschaft, Handwerker und Vermieter sowie Konsumgüterproduzenten ihre Geschäftserwartungen. Sie können dabei ihre Werbeplanung und das Direktmarketing, ihre Vertriebsplanung, die Einteilung marktgerechter Verkaufsgebiete, ihre Verkaufsplanung und Verkaufskontrolle sowie Standortforschung an den regionalen Ergebnissen zum Verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte ausrichten.

Verwendungsrechnung

Die Verwendungsrechnung als weiteres Teilgebiet der regionalen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen weist die letzte inländische Verwendung sowie die Ein- und Ausfuhr der produzierten Sachgüter und Dienstleistungen nach. Ihre zentralen Größen sind die Bruttoanlageinvestitionen, die Privaten Konsumausgaben, die Konsumausgaben des Staates und der Restposten, in den die Vorratsveränderungen, die Nettozugänge an Wertsachen sowie der Außenbeitrag einfließen. Die Summe der Verwendungsaggregate ergibt das Bruttoinlandsprodukt.

Aus den regionalen Ergebnissen der Bruttoanlageinvestitionen können Informationen über die Finanzmittel gewonnen werden, welche in die einzelnen Regionen bzw. Wirtschaftsbereiche geflossen sind. Sie sichern bzw. führen zu neuen Arbeitsplätzen in den einzelnen Ländern. An die Bruttoanlageinvestitionen knüpfen sich regionale bzw. sektorale Wachstumserwartungen. Sie können weitere Investitionen nach sich ziehen. Allgemein schlagen sich Investitionen in einer steigenden Investitionsquote (jetzt: Anteil der Bruttoanlageinvestitionen [in jeweiligen Preisen] am Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen) nieder. Da sich regional getätigte Bruttoanlageinvestitionen mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung wachstumssteigernd auf das Bruttoinlandsprodukt auswirken, verringert sich in der Folgezeit die Investitionsquote wieder.

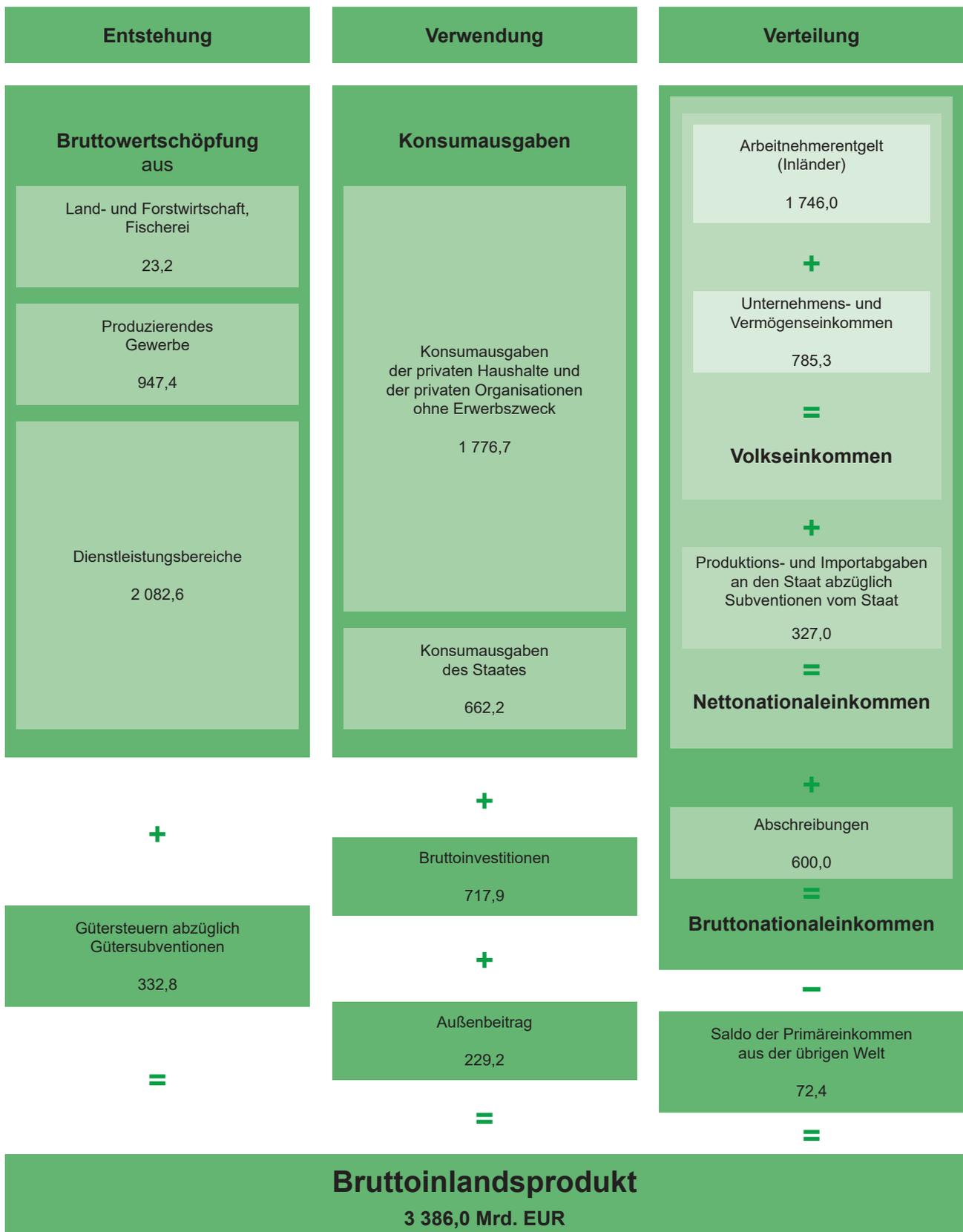
Die Privaten Konsumausgaben umfassen die Waren- und Dienstleistungskäufe der inländischen privaten Haushalte für Konsumzwecke. Aus der regionalen Verteilung der Privaten Konsumausgaben auf Länderebene ziehen die Vertreter aus Wirtschaft und insbesondere des Handels wichtige Informationen über das Kaufverhalten in einzelnen Regionen und deren Entwicklung in der Zeit. Niedrige Private Konsumausgaben (meist in ländlichen Gebieten) können indes auch wirtschaftspolitische Maßnahmen zur Erschließung der Infrastruktur veranlassen.

Die Konsumausgaben des Staates enthalten vom Staat selbst produzierte Güter und Dienstleistungen (jedoch ohne selbst erstellte Anlagen und Verkäufe) sowie Ausgaben für Güter, die als soziale Sachtransfers den privaten Haushalten für ihren Konsum zur Verfügung gestellt werden. Besonders die staatlichen Konsumausgaben für Güter und Dienstleistungen sind für die Binnenkonjunktur der Länder von Bedeutung. Demgegenüber werden rückläufige Konsumausgaben des Staates zur Reduzierung der Staatsausgaben und Staatsverschuldung gefordert.

Ein weiterer Bestandteil der Verwendungsrechnung ist der Außenbeitrag. Allerdings lässt sich im System der Volkswirt-

schaftlichen Gesamtrechnungen dieser Saldo zwischen den Exporten und Importen nur auf der nationalen, nicht aber auf der regionalen Ebene ermitteln. Die Darstellung des Außenbeitrags in der Regionalrechnung würde erfordern, dass auch die Waren- und Dienstleistungsströme zwischen den einzelnen Ländern in Deutschland bekannt sind. Dazu liegen jedoch keine Informationen vor. Insofern sind die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Länder ein offenes Kreislaufsystem. Der Außenbeitrag ist in der Länderrechnung im Restposten enthalten.

Bruttoinlandsprodukt 2018 für Deutschland in Mrd. EUR (in jeweiligen Preisen)



Berechnungsstand: Februar 2019.

Bruttoinlandsprodukt

Bei der Ermittlung des Bruttoinlandsprodukts wird zunächst die Wertschöpfung zu Herstellungspreisen aller Wirtschaftsbereiche aufaddiert. Anschließend wird der Saldo aus Gütersteuern abzüglich Gütersubventionen hinzugezählt. Durch die Berücksichtigung dieses Saldos ergibt sich das Marktpreiskonzept, das für die Bewertung des Bruttoinlandsprodukts heranzuziehen ist. Das Europäische System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen 2010, das rechtsverbindlich die Methodik der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen aller EU-Mitgliedstaaten vorgibt, empfiehlt für die regionalen VGR eine Pauschalverteilung dieses Saldos. Pauschal bedeutet, dass der von der nationalen VGR für Deutschland insgesamt ermittelte Saldo – unabhängig von den tatsächlich örtlich entstandenen Gütersteuern und -subventionen – proportional im Verhältnis zur regionalen Bruttowertschöpfung auf die Länder verteilt wird. Gütersteuern sind alle Steuern, die pro Einheit einer produzierten oder gehandelten Ware oder Dienstleistung zu entrichten sind, wie zum Beispiel die Mehrwertsteuer, Importabgaben, die Tabak- und Versicherungssteuer. Gütersubventionen sind ebenfalls solche Subventionen, die pro Einheit einer produzierten oder importierten Ware oder Dienstleistung geleistet werden, wie zum Beispiel Importsubventionen. Nach dem neuen ESVG 2010 werden – als quantitativ bedeutendste Änderung – die Leistungen für Forschung und Entwicklung (FuE) als Investitionen verbucht.

Das Bruttoinlandsprodukt kann in jeweiligen Preisen (nominal) oder preisbereinigt und somit frei von Preiseinflüssen dargestellt werden. Bei der Bewertung der Waren und Dienstleistungen in jeweiligen Preisen werden die Preise des jeweiligen Berichtsjahres, bei der Bewertung zu Vorjahrespreisen hingegen die Preise des jeweiligen Vorjahres zugrunde gelegt (Vorjahrespreisbasis). So wird das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt für 2018 in Preisen des Jahres 2017, bzw. für 2017 in Preisen des Jahres 2016 abgebildet. Dies hat den Vorteil, dass immer die aktuellen Preis- und Güterrelationen berücksichtigt werden. Durch Verkettung (chain-linking) der Einzelergebnisse (zu Vorjahrespreisen)

Definition des Bruttoinlandsprodukts

Das Bruttoinlandsprodukt umfasst den Wert aller innerhalb eines Wirtschaftsgebietes während einer bestimmten Periode produzierten Waren und Dienstleistungen. Es entspricht der Bruttowertschöpfung aller Wirtschaftsbereiche zuzüglich der Gütersteuern und abzüglich der Gütersubventionen. Die Bruttowertschöpfung, die zu Herstellungspreisen bewertet wird, ergibt sich für jeden Wirtschaftsbereich aus dem Bruttoproduktionswert zu Herstellungspreisen abzüglich der Vorleistungen zu Anschaffungspreisen.

Bruttowertschöpfung zu Herstellungspreisen

+ Gütersteuern

– Gütersubventionen

= Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen

werden langfristige Vergleiche der preisbereinigten Werte möglich, wie beispielsweise des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts als Vergleichsgröße, um die Entwicklung der mengenmäßigen Wirtschaftsleistung einer Volkswirtschaft bewerten zu können.

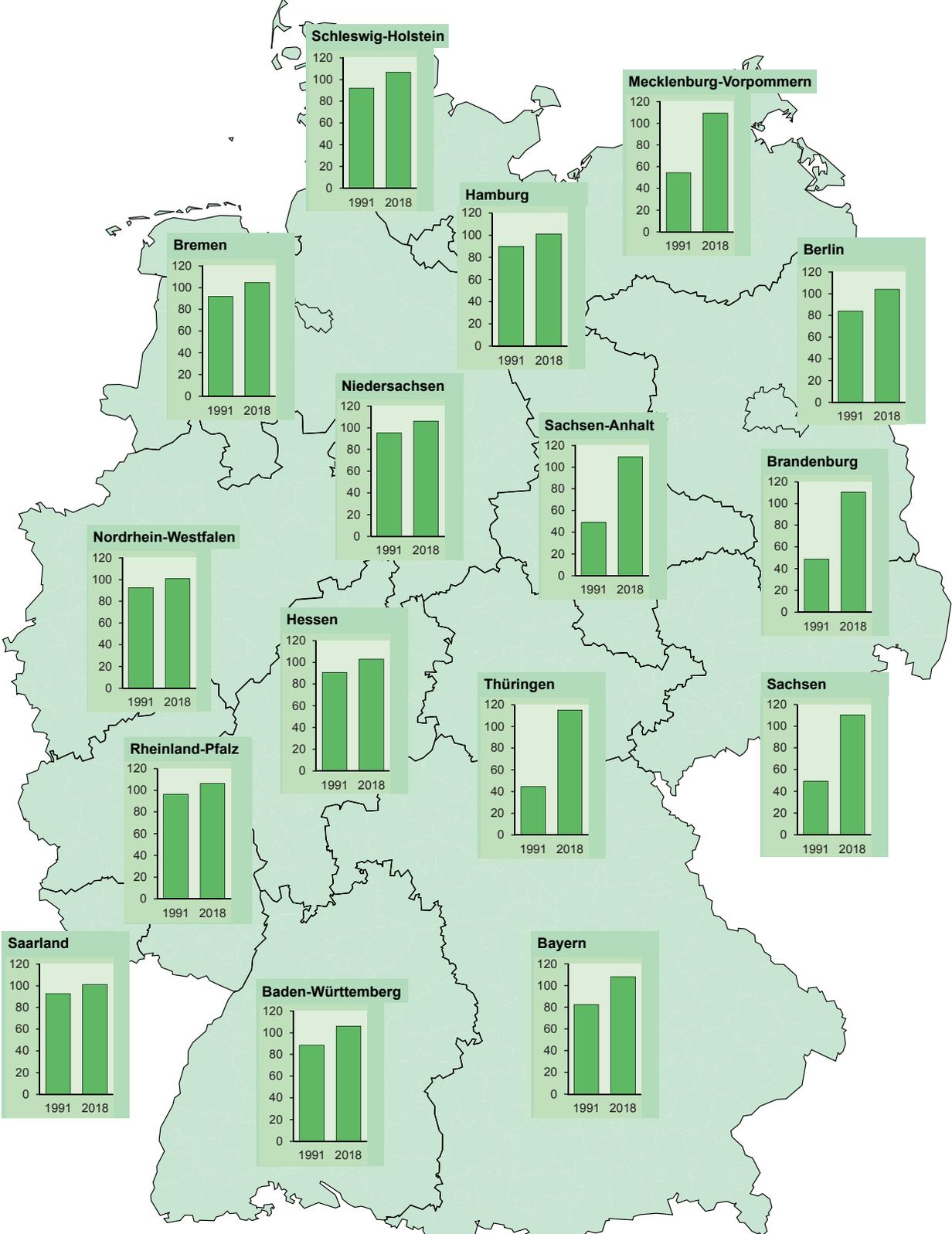
Das Bruttoinlandsprodukt ist der zentrale Indikator für Wachstum und Konjunktur. Unter Wirtschaftswachstum wird gemeinhin die Veränderung des preisbereinigten Bruttoinlandsproduktes zum Vorjahr verstanden. Beim strukturellen Vergleich einzelner Regionen oder Wirtschaftsbereiche untereinander werden dagegen generell nominale Größen verwendet.

Das Bruttoinlandsprodukt bezogen auf die Anzahl der Erwerbstätigen gibt Auskunft über die Arbeitsproduktivität. Im Hinblick auf die immer mehr an Bedeutung gewinnende Teilzeit- und geringfügige Beschäftigung ist jedoch der Bezug auf das Arbeitsvolumen, das heißt auf die tatsächlich geleistete Arbeitszeit aller Erwerbstätigen, das zutreffendere Produktivitätsmaß. Wirtschaftsbereiche bzw. Regionen mit einem höheren Anteil an Teilzeitbeschäftigten werden bei einem Bezug ihrer Wirtschaftsleistung auf die Zahl der Erwerbstätigen unproduktiver dargestellt als sie in Wirklichkeit sind. Der Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“, dem unter anderem die Berechnung der regionalen Erwerbstätigkeit obliegt, berechnet zusätzlich das „Arbeitsvolumen“ nach Wirtschaftsbereichen. Somit kann die aussagefähigere Produktivitätskennziffer Bruttoinlandsprodukt je Arbeitsstunde ermittelt werden. Es sollte außerdem berücksichtigt werden, dass das Bruttoinlandsprodukt nicht ausschließlich durch den Faktor Arbeit geprägt ist, sondern als Gesamtergebnis wirtschaftlicher Aktivitäten zustande kommt. Die Höhe der wirtschaftlichen Leistung ist ebenso bestimmt von der Ausstattung mit Maschinen bzw. deren Modernisierungsgrad oder etwa der Infrastruktur.

Im europäischen und internationalen Vergleich ist es zudem üblich, zur Messung der gesamtwirtschaftlichen Aktivität und somit des wirtschaftlichen Entwicklungsstandes einzelner Regionen deren Bruttoinlandsprodukt bezogen auf die Zahl der Einwohner heranzuziehen.

Das Bruttoinlandsprodukt ist nicht nur Grundlage für politische Entscheidungen und Standortbestimmungen, sondern findet seinen Niederschlag explizit in den Niederschriften der Maastrichter Verträge. Es ist das rechtsverbindliche Maß für die fiskalischen Maastricht-Kriterien. Im Vertrag von Maastricht ist festgelegt, dass in den Mitgliedstaaten der EU das öffentliche Defizit 3 % des Bruttoinlandsproduktes nicht übersteigen darf. Der öffentliche Schuldenstand darf maximal 60 % des Bruttoinlandsproduktes erreichen. Des Weiteren richten sich etwaige Fördergelder aus dem EU-Strukturfondsprogramm für die benachteiligten Regionen Europas nach dem auf die jeweilige Einwohnerzahl bezogenen Bruttoinlandsprodukt.

**Bruttoinlandsprodukt*) je Erwerbstätigen (Arbeitsproduktivität)
2018 gegenüber 1991 nach Bundesländern**
Index 2010 = 100



*) preisbereinigt, verkettet

© Statistische Ämter des Bundes und der Länder

Grafik: Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“

Bruttowertschöpfung

Die Bruttowertschöpfung ist in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ein bedeutendes Aggregat der Entstehungsrechnung. Sie wird für einzelne Wirtschaftsbereiche, Bundesländer sowie für kreisfreie Städte und Kreise berechnet und veröffentlicht. Die Bruttowertschöpfung gibt den Wert der wirtschaftlichen Leistung für die einzelnen Wirtschaftsbereiche an und umfasst somit grundsätzlich alle entgeltlich erzeugten Waren und Dienstleistungen. Nicht wertschöpfungswirksam im Sinne der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen sind unentgeltliche Tätigkeiten wie zum Beispiel Arbeiten im eigenen Haushalt oder ehrenamtliche Aktivitäten.

Die Bruttowertschöpfung (zu Herstellungspreisen) der Wirtschaftsbereiche wird in der Regel aus der Differenz der Produktionswerte (zu Herstellungspreisen) und der Vorleistungen (zu Anschaffungspreisen) bestimmt. Aufgrund dieser unterschiedlichen Bewertungen enthält die Bruttowertschöpfung nicht die Gütersteuern abzüglich der Gütersubventionen.

Eine Ausnahme von dieser subtraktiven Berechnungsmethode gilt für die sogenannten „Nichtmarktproduzenten“ aus den Sektoren Staat und private Organisationen ohne Erwerbzweck, deren Leistungen für die Allgemeinheit überwiegend ohne spezielles Entgelt zur Verfügung gestellt werden. Hier wird die Bruttowertschöpfung durch Addition der Aufwandsposten dieser Institutionen ermittelt, wie zum Beispiel Einkommen aus unselbstständiger Arbeit, Produktionssteuern, Abschreibungen usw.

Die Produktionswerte der Unternehmen stellen den Wert der Verkäufe von Waren und Dienstleistungen aus eigener Produktion sowie von Handelsware an andere in- und ausländische Wirtschaftseinheiten dar, vermehrt um den Wert der Bestandsveränderung an Halb- und Fertigwaren aus eigener Produktion und um den Wert der selbst erstellten Anlagen. Zu den Verkäufen rechnen in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen auch die Einnahmen aus der Vermietung von Wohnungen und gewerblichen Anlagen sowie der Eigenkonsum der Unternehmer. Der Wert der Verkäufe schließt die in Rechnung gestellte Umsatzsteuer nicht ein.

Definition der Bruttowertschöpfung

Die Bruttowertschöpfung umfasst den Wert der wirtschaftlichen Leistung der Wirtschaftseinheiten bzw. der Wirtschaftsbereiche innerhalb einer bestimmten Periode.

Die Bruttowertschöpfung errechnet sich wie folgt:

$$\begin{array}{l} \text{Produktionswert zu Herstellungspreisen} \\ - \quad \text{Vorleistungen} \\ \hline = \quad \text{Bruttowertschöpfung zu Herstellungspreisen} \end{array}$$

Der Produktionswert eignet sich allerdings nur sehr bedingt zur Messung der wirtschaftlichen Leistung, da in ihm auch die von anderen wirtschaftlichen Einheiten produzierten Vorprodukte enthalten sind. Um Doppelzählungen zu vermeiden, werden diese Vorleistungen vom Produktionswert abgezogen. Unter Vorleistung ist der Wert der Waren und Dienstleistungen zu verstehen, die inländische Wirtschaftseinheiten von anderen in- und ausländischen Wirtschaftseinheiten bezogen und im Berichtszeitraum im Zuge der Produktion verbraucht haben. Die Vorleistungen umfassen außer Rohstoffen, sonstigen Vorprodukten, Hilfs- und Betriebsstoffen, Brenn- und Treibstoffen und anderen Materialien auch Bau- und sonstige Leistungen für laufende Reparaturen, gewerbliche Mieten, Leiharbeitnehmer, von anderen Unternehmen durchgeführte Lohnarbeiten, Transportkosten, Postgebühren, Anwaltskosten, Benutzungsgebühren für öffentliche Einrichtungen usw. In der Regel schließen Vorleistungen nicht die eingesetzte Handelsware ein, da auch der Produktionswert von Handelsaktivitäten nur in Höhe des Dienstleistungsentgelts gebucht wird. Zusätzlich werden die „unterstellten Bankgebühren“ als „Finanzserviceleistungen, indirekte Messung (FISIM)“ berücksichtigt und nach den verwendenden Sektoren und Wirtschaftsbereichen direkt für Produktionswert und Vorleistungen aufgeteilt. Eine weitere Größe, die zusätzlich zur Bruttowertschöpfung beiträgt, sind selbsterstellte und erworbene Leistungen für Forschung und Entwicklung, ebenfalls ermittelt nach Wirtschaftsbereichen und Sektoren.

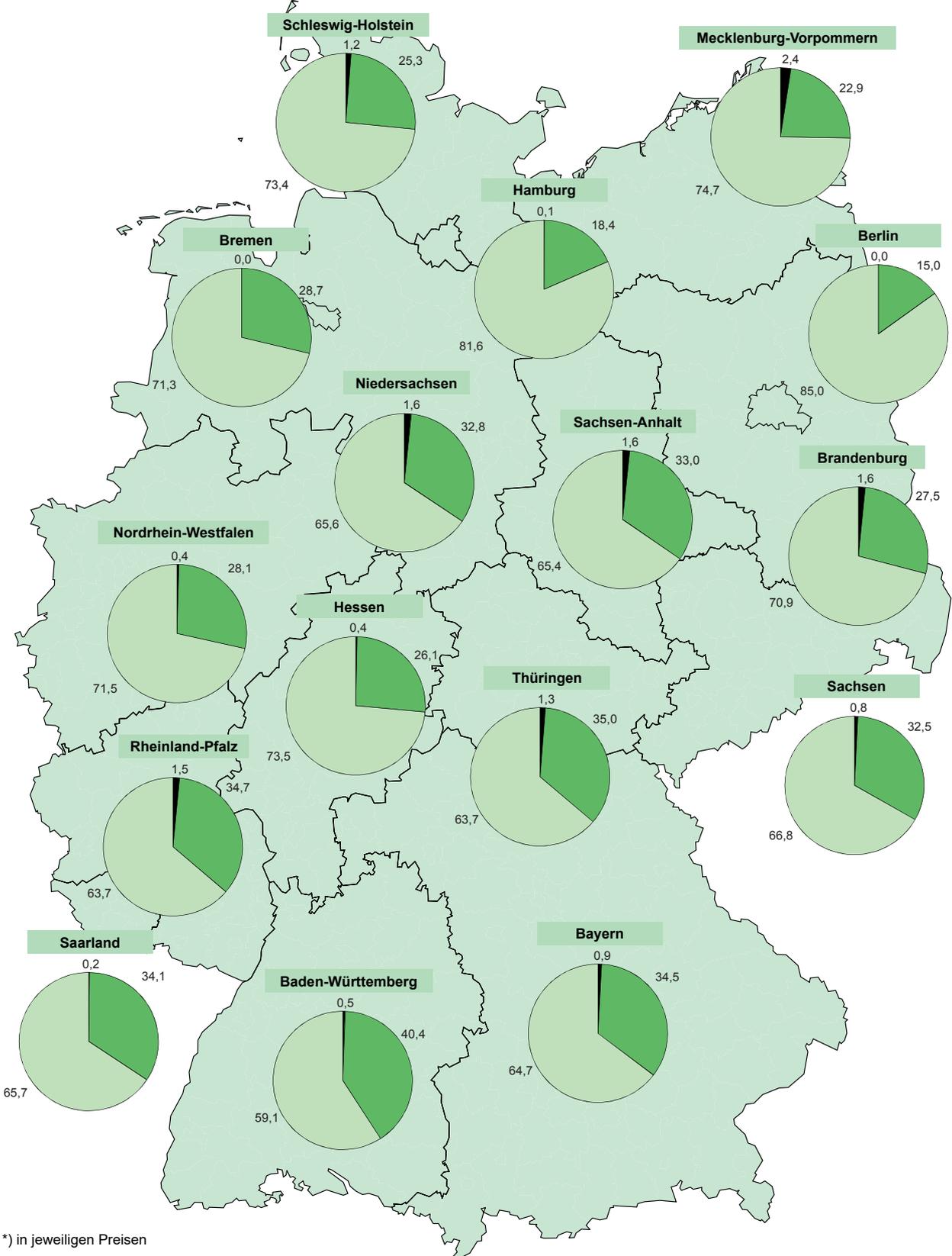
Die so berechnete Bruttowertschöpfung von Unternehmen ergibt aufsummiert die Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche und Regionen. Nach Addition der Gütersteuern und Subtraktion der Gütersubventionen von der Bruttowertschöpfung der Gesamtwirtschaft ergibt sich schließlich das Bruttoinlandsprodukt.

Damit wird die Wirtschaftsleistung in den Ländern, Landkreisen und kreisfreien Städten dargestellt. Die Bruttowertschöpfung ist somit ein wichtiger Indikator für Politik, Wirtschaft und Wissenschaft bei der Analyse und Prognose von Konjunktur, Wachstum, Struktur und Entwicklung der Gesamtwirtschaft sowie für den Vergleich der Wirtschaft von Regionen oder der langfristigen strukturellen Veränderung von Wirtschaftsbereichen zueinander. Zusätzlich ist auch der Vergleich der Produktivität (Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen) zwischen einzelnen Regionen und Wirtschaftsbereichen eine aufschlussreiche Kenngröße.

Seit dem Berichtsjahr 2000 wird über die Größe „Arbeitsvolumen“ auch die Bruttowertschöpfung je Arbeitsstunde ausgewiesen. Damit wird der Quantifizierung des Arbeitsinputs (unterschiedliche Anteile der Teilzeitbeschäftigung) besser Rechnung getragen als mit dem reinen Pro-Kopf-Bezug. Mit der regionalen Bruttowertschöpfung steht eine Datengrundlage bereit, die eine Beurteilung erlaubt, ob ein Wirtschaftsbereich bzw. eine Region im Verhältnis zu anderen Wirtschaftsbereichen bzw. Regionen relativ viel oder weniger gewachsen ist.

Bruttowertschöpfung*) 2018 nach Bundesländern

Anteil der Wirtschaftsbereiche in % Land- und Forstwirtschaft, Fischerei Produzierendes Gewerbe Dienstleistungsbereiche



*) in jeweiligen Preisen

© Statistische Ämter des Bundes und der Länder

Graphik: Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“

Arbeitnehmerentgelt

Das Arbeitnehmerentgelt umfasst Bruttolöhne und -gehälter sowie tatsächliche und unterstellte Sozialbeiträge der Arbeitgeber. Nicht dazu zählt das Einkommen von Selbstständigen oder deren mithelfenden Familienangehörigen. Erfasst werden sämtliche Geld- und Sachleistungen, die der Arbeitgeber für die Beschäftigung von Arbeitnehmern aufwendet. Das Arbeitnehmerentgelt stellt also nicht nur eine Einkommensgröße der Arbeitnehmer dar, sondern ist auch eine wichtige gesamtwirtschaftliche Kostengröße, die den Aufwand für den Produktionsfaktor Arbeit weitgehend abbildet. Das Arbeitnehmerentgelt wird sowohl als geleistetes Arbeitnehmerentgelt (Arbeitsortprinzip), als auch als empfangenes Arbeitnehmerentgelt (Wohnortprinzip) nachgewiesen. Der Unterschied zwischen beiden Größen entsteht aus dem Saldo der Arbeitnehmerentgelte der Pendler, also der Arbeitnehmer, die nicht an ihrem Wohnort arbeiten.

Mithilfe des Einkommensaggregats Arbeitnehmerentgelt können weitere gesamtwirtschaftliche Größen wie die Lohnquote oder die Lohnstückkosten berechnet werden. Die Lohnquote ist der Anteil der empfangenen Arbeitnehmerentgelte (Wohnortprinzip) am Volkseinkommen. Die Lohnstückkosten sind die Relation der Lohnkosten (Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer bzw. je Arbeitnehmerstunde) zur Arbeitsproduktivität (Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen bzw. je Erwerbstätigenstunde).

Weiterhin ist die Entwicklung der Durchschnittsverdienste (Arbeitnehmerentgelt bzw. Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer) ein wichtiger Indikator für politische Entscheidungen. Beispielsweise geht die Entwicklung der Bruttolöhne und -gehälter in die Rentenformel ein als Grundlage der jährlichen Rentenanpassungen in Deutschland.

Definition des Arbeitnehmerentgelts

Das Arbeitnehmerentgelt errechnet sich wie folgt:

Bruttolöhne und -gehälter

+ Sozialbeiträge der Arbeitgeber

= Arbeitnehmerentgelt

Die Berechnung der Arbeitnehmerentgelte sowie der Bruttolöhne und -gehälter in Bundesländern und Kreisen ermöglicht regional vergleichbare Einkommensgrößen hinsichtlich ihres Niveaus, der Struktur und Entwicklung.

Die Bruttolöhne und -gehälter umfassen alle Löhne und Gehälter vor Abzug der Lohnsteuer und der Sozialbeiträge

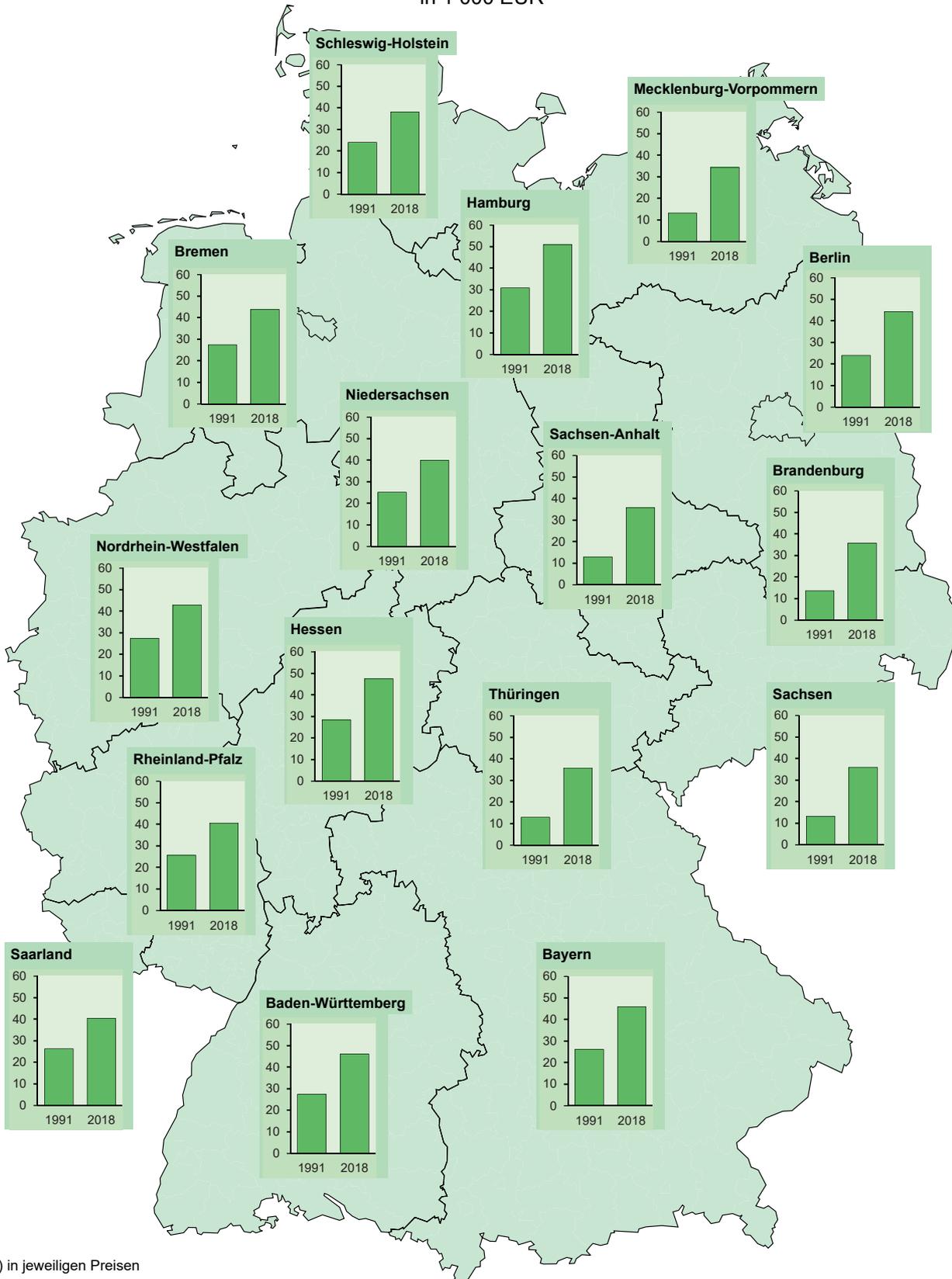
der Arbeitnehmer, die den Arbeitnehmern aus ihren Arbeits- und Dienstverhältnissen zufließen. Einbezogen wird eine Vielzahl anderer Einkommensbestandteile (zum Beispiel Erschwerungszulagen und Familien- und Kinderzuschläge). Dazu gehören weiterhin Heimarbeiterlöhne und Vergütungen für den Mehraufwand von Beschäftigten in Arbeitsgelegenheiten. Enthalten sind auch Naturalvergütungen, die als geldwerter Vorteil gemessen werden, der dem Arbeitnehmer durch unentgeltliche oder verbilligte Überlassung von Waren und Dienstleistungen durch den Arbeitgeber entsteht. Auch Lohnfortzahlungen für ausgefallene Arbeitszeit (u.a. Feiertage, Urlaub) und Jahressonderzahlungen sind eingeschlossen. Hinzugerechnet werden außerdem Bruttolöhne und -gehälter aus nebenberuflichen Beschäftigungsverhältnissen bzw. geringfügigen abhängigen Tätigkeiten.

Die Sozialbeiträge der Arbeitgeber schließen die gesetzlich vorgeschriebenen Beiträge zur Renten-, Kranken-, Pflege-, Arbeitslosen- und Unfallversicherung ein, außerdem vertraglich vereinbarte oder freiwillig vom Arbeitgeber übernommene sowie unterstellte Sozialbeiträge im Rahmen der betrieblichen Altersversorgung und weiterer Beihilfen und Unterstützungen für gegenwärtig oder früher beschäftigte Arbeitnehmer.

Die Arbeitnehmerentgelte bzw. die Bruttolöhne und -gehälter werden auf der Grundlage der jahresdurchschnittlichen Anzahl der Arbeitnehmer, der entsprechenden Durchschnittsverdienste in den Wirtschaftszweigen und weiterer Daten zu den Sozialbeiträgen berechnet. Dabei wird nach Arbeitnehmergruppen (Arbeiter und Angestellte, Beamte und marginal Beschäftigte) differenziert. Dadurch werden die deutlich kürzeren Arbeitszeiten und geringeren Durchschnittsverdienste von ausschließlich geringfügig Beschäftigten berücksichtigt.

Zu den Arbeitnehmern zählt, wer als Arbeiter, Angestellter, Beamter, Richter, Soldat, Person im Bundesfreiwilligendienst, Auszubildender, Praktikant oder Volontär in einem Arbeits- oder Dienstverhältnis steht und hauptsächlich diese Tätigkeit ausübt. Eingeschlossen sind auch Heimarbeiter. Dabei ist die Dauer der tatsächlich geleisteten oder vertragsmäßig zu leistenden Arbeitszeit unerheblich, sodass auch marginal Beschäftigte dazu gehören. Das sind Personen, die keine voll sozialversicherungspflichtige Beschäftigung ausüben, jedoch nach dem Labour-Force-Konzept der Internationalen Arbeitsorganisation als erwerbstätig gelten, wenn sie in einem einwöchigen Berichtszeitraum wenigstens eine Stunde gegen Entgelt gearbeitet haben. Dazu zählen in Deutschland hauptsächlich ausschließlich geringfügig Beschäftigte und Beschäftigte in Arbeitsgelegenheiten, den sogenannten „Ein-Euro-Jobs“.

**Arbeitnehmerentgelt*) je Arbeitnehmer (Lohnkosten) 2018 gegenüber 1991
nach Bundesländern
in 1 000 EUR**



*) in jeweiligen Preisen

© Statistische Ämter des Bundes und der Länder

Grafik: Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“

Bruttoanlageinvestitionen

Die Bruttoanlageinvestitionen sind eine wichtige Nachfragegröße in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Zusammen mit den Konsumausgaben von Staat, privaten Haushalten und Organisationen ohne Erwerbszweck sowie dem Saldo von Exporten und Importen bilden sie die Verwendungsseite des Bruttoinlandsprodukts.

Die Entwicklung der Bruttoanlageinvestitionen hat einen direkten Einfluss auf die Konjunktur und das Wirtschaftswachstum in den Ländern und Regionen, da die Investitionen einen starken Einkommens- und Beschäftigungseffekt ausüben. Zusätzlich ist auch das Verhältnis der Bruttoanlageinvestitionen zur Produktion, die sogenannte Investitionsquote, sehr aufschlussreich. Sie ist definiert als Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt. Die Investitionsquote gibt an, ob im Verhältnis zur Produktion relativ viel oder wenig investiert worden ist.

Besonders vor dem Hintergrund einer zunehmenden Globalisierung der Wirtschaftsprozesse und einer damit einhergehenden Verlagerung von Investitionen ins Ausland, sind die Höhe und die Struktur sowie der zeitliche Verlauf der Bruttoanlageinvestitionen von großem Interesse für Politik, Wirtschaft und Wissenschaft.

Die Bruttoanlageinvestitionen umfassen die Käufe neuer Anlagen (einschließlich eingeführter und selbst erstellter Anlagen) sowie die Käufe gebrauchter Anlagen nach Abzug der Verkäufe von gebrauchten Anlagen (Saldo). Als Anlagen werden im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen alle dauerhaften reproduzierbaren Produktionsmittel angesehen.

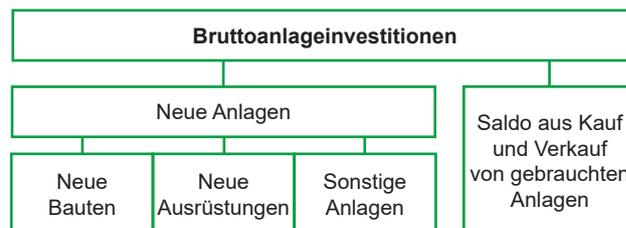
Als dauerhaft gelten hier diejenigen Produktionsmittel, deren Nutzungsdauer mehr als ein Jahr beträgt und die normalerweise in der betrieblichen Buchführung aktiviert werden. Die Anlageinvestitionen werden in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen brutto nachgewiesen, das heißt vor Abzug der Abschreibungen.

Neue Anlagen sind neu in den Wirtschaftskreislauf eintretende, das heißt in einer nachgewiesenen Berichtsperiode im Inland neu entstandene oder importierte Anlagegüter.

Definition der Bruttoanlageinvestitionen

Die Bruttoanlageinvestitionen umfassen die Käufe neuer Anlagen (einschließlich eingeführter und selbst erstellter Anlagen) sowie die Käufe gebrauchter Anlagen nach Abzug der Verkäufe von gebrauchten Anlagen von Wirtschaftseinheiten bzw. der Wirtschaftsbereiche innerhalb einer bestimmten Periode.

Sie untergliedern sich in neue Bauten, neue Ausrüstungen und sonstige Anlagen. Zu den neuen Bauten zählen auch werterhöhende Leistungen am Gebäudebestand. Für die einzelnen Wirtschaftsbereiche wird nur der Erwerb neuer Anlagen (neue Bauten, neue Ausrüstungen und sonstige Anlagen) ausgewiesen, da der Nachweis des Kaufs und Verkaufs von gebrauchten Anlagen zwischen den Wirtschaftsbereichen und den Bundesländern aus statistischen Gründen nicht möglich ist.



Die Bauinvestitionen umfassen Bauleistungen an Gebäuden und sonstigen Bauten, wie beispielsweise Straßen, Brücken, Tunnel, Flugplätze, Kanäle, Staudämme, Montagebauten, Versorgungs- und Rohrfernleitungen, Sportplätze oder Parks.

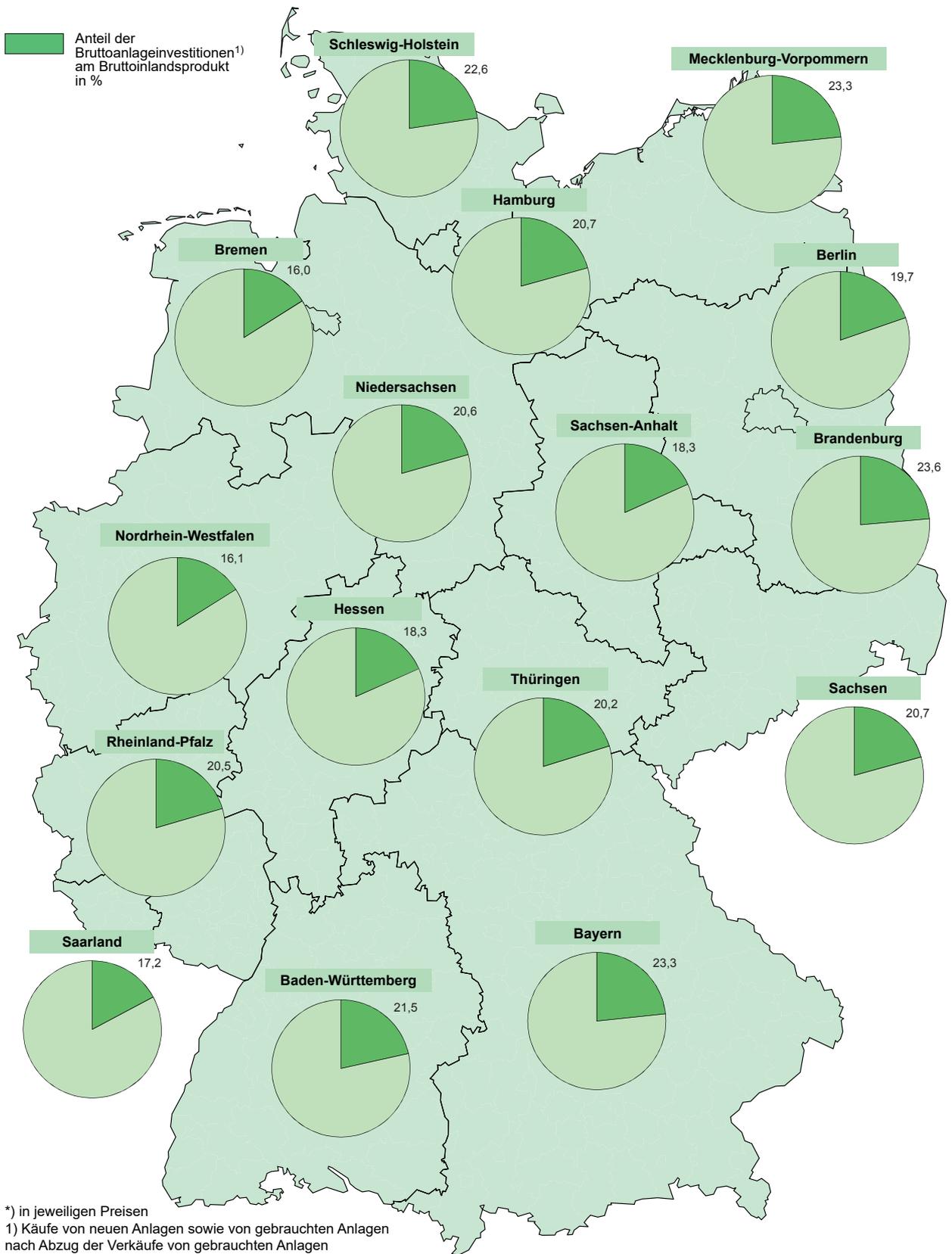
Die Ausrüstungsinvestitionen umfassen Maschinen, maschinelle Anlagen, Fahrzeuge, Betriebs- und Geschäftsausstattungen sowie ähnliche Anlagegüter, die nicht fest mit Bauten verbunden sind.

Zu den sonstigen Anlagen zählen die Investitionen in geistiges Eigentum (Computersoftware und Datenbanken, Forschung und Entwicklung, Urheberrechte, Suchbohrungen) sowie Nutztiere und Nutzpflanzungen. In der Länderrechnung werden die sonstigen Anlagen nicht getrennt nachgewiesen, sondern nur zusammen mit den Ausrüstungen.

Zur Ermittlung der Bruttoanlageinvestitionen in den einzelnen Wirtschaftsbereichen werden die verschiedensten Quellen der amtlichen und nichtamtlichen Statistik herangezogen, da es mit Ausnahme der Dienstleistungsstatistik keine Datenquelle gibt, die laufende und mehrere Wirtschaftsbereiche überdeckende Ergebnisse zu den Bruttoanlageinvestitionen liefert.

Hauptpfeiler der Berechnungen stellen die Investitionserhebungen dar. Für die Bereiche, in denen der Staat Investitionen tätigt, dienen die Rechnungsstatistik der Länder- und Kommunalfinanzen sowie der Bundeshaushaltsplan als Datengrundlage. Für die Bauinvestitionen wird weitgehend die Bautätigkeitsstatistik verwendet.

Bruttoanlageinvestitionen zum Bruttoinlandsprodukt* (Investitionsquote) 2016 nach Bundesländern



*) in jeweiligen Preisen

1) Käufe von neuen Anlagen sowie von gebrauchten Anlagen nach Abzug der Verkäufe von gebrauchten Anlagen

© Statistische Ämter des Bundes und der Länder

Grafik: Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“

Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte

Das Verfügbare Einkommen der privaten Haushalte stellt einen besonders aussagefähigen Indikator für den (monetären) „Wohlstand“ der Bevölkerung dar und ist als der Betrag zu verstehen, der den in einer bestimmten Region lebenden Menschen für Konsumzwecke oder zur Ersparnisbildung zur Verfügung steht. Das Verfügbare Einkommen ergibt sich aus den empfangenen Primäreinkommen nach Abzug der geleisteten laufenden Transfers und nach Hinzufügung der empfangenen laufenden Transfers.

Das Primäreinkommen setzt sich zusammen aus dem empfangenen Arbeitnehmerentgelt, den Einkommen aus selbstständiger Tätigkeit (hierzu zählen auch unterstellte Mieten für selbst genutztes Wohneigentum) und dem positiven Saldo aus empfangenen und geleisteten Vermögenseinkommen. Es stellt allgemein den weitest gefassten Einkommensbegriff dar. Das Arbeitnehmerentgelt schließt neben den empfangenen Bruttolöhnen und -gehältern der Arbeitnehmer sowie den tatsächlichen und unterstellten Sozialbeiträgen der Arbeitgeber alle Zulagen mit ein, wie zum Beispiel Akkord-, Schicht-, Schmutz-, Essens-, Wohnungs-, Fahrtkostenzulagen, außerdem Jahressonderzuwendungen wie 13. Monatsgehalt, Urlaubsgeld, Gratifikationen, Gewinnbeteiligungen oder Abfindungen. Bei den Primäreinkommen mit einbezogen ist zudem auch der (fiktiv erzielte) Betriebsüberschuss aus der Eigennutzung von Wohneigentum, ebenso wie der (realisierte) Betriebsüberschuss aus der Vermietung und Verpachtung.

Zu den (von privaten Haushalten) geleisteten laufenden Transfers zählen insbesondere die direkten Steuern, wie die Lohn- und Einkommensteuer, die Körperschaftsteuer, die (frühere) Vermögensteuer sowie auch Steuern in Zusammenhang mit dem privaten Verbrauch (zum Beispiel Kfz-Steuer, Gemeindesteuern, Hunde-, Jagd- und Fischereisteuer), weiterhin die Sozialbeiträge der Arbeitgeber, der Arbeitnehmer, der Selbstständigen sowie die vom Staat für Nichterwerbstätige übernommenen Beiträge. Enthalten sind auch bestimmte unterstellte Sozialbeiträge, welche im System der VGR aus Konsistenzgründen als Gegenwert von sozialen Leistungen verbucht werden müssen, da ihnen keine speziellen Deckungsmittel oder Beiträge Dritter gegenüberstehen (zum Beispiel im Rahmen der Beamtenversorgung), sowie eine Reihe weiterer dem Betrag nach weniger bedeutender Transfers. Die von privaten Haushalten empfangenen laufenden Transfers umfassen in weit überwiegendem Umfang monetäre Sozialleistungen. Die weitaus größte Position stellen dabei die Geldleistungen der Rentenversicherung (Arbeiter, Angestellte, Knappschaft, ab 2003 Deutsche Rentenversicherung) dar. Von erheblicher Bedeutung sind jedoch auch die Geldleistungen der Arbeitslosenversicherung sowie der Arbeitslosen- und Sozialhilfe wie auch seit dem Jahr 2005 die Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch II, die öffentlichen Pensionen und auch das Kindergeld. Weiterhin zählen zu den empfangenen Transfers zum Beispiel auch die Leistungen von Schadensversicherungen zur Regulierung von Schadensfällen (Private Krankenversicherung sowie Kfz-Haftpflicht, Kfz-Unfall, Feuer, Einbruch, Leitungswasser, Glas, Hausrat, Rechtsschutz usw.) sowie Geldleistungen der gesetzlichen Kranken-, Unfall- und Pflegeversicherung, Wohngeld, Erzie-

hungsgeld, Elterngeld, Ausbildungsbeihilfen, Kriegsopferversorgung und ähnliche finanzielle Unterstützungsleistungen.

Die Einkommen der privaten Haushalte und der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck werden in den Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen derzeit nur zusammengefasst dargestellt, da die statistischen Daten angesichts der engen monetären Verflechtung beider Sektoren für eine getrennte Darstellung nicht ausreichen. Allerdings kommt den privaten Organisationen nur ein relativ geringes Gewicht zu, sodass zur Vereinfachung häufig nur vom Haushaltssektor bzw. von den privaten Haushalten gesprochen wird, obwohl die privaten Organisationen sachlich miteinbezogen sind.

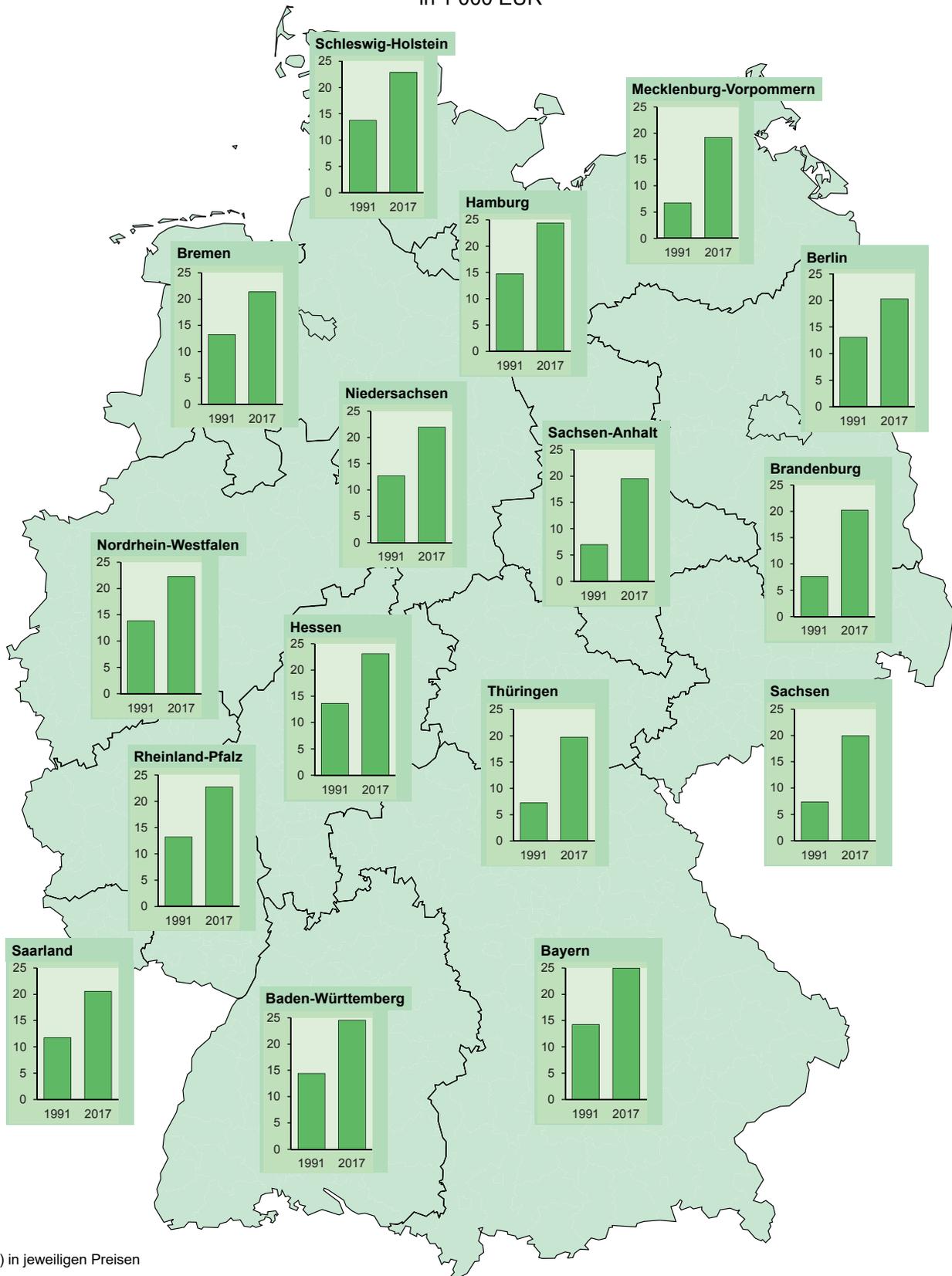
Für Regionalvergleiche wird im Allgemeinen das Verfügbare Einkommen je Einwohner herangezogen. Mit der Wohnbevölkerung als Bezugsgröße wird der heterogenen Zusammensetzung des komplexen Einkommensbegriffs am besten Rechnung getragen, da sich dessen Einzelkomponenten (zum Beispiel die verschiedenen sozialen Leistungen) jeweils auf ganz bestimmte Bevölkerungsgruppen beziehen und aufgrund der Vielgestaltigkeit unseres Gesellschaftssystems schließlich jedes seiner Mitglieder in irgendeiner Weise als Bezieher von Erwerbs-, Vermögens- oder Transfereinkommen in Erscheinung tritt oder zumindest grundsätzlich in Betracht kommt. Dennoch ist die Wohnbevölkerung als Bezugsgröße nicht ganz unproblematisch, da natürlich das soziografische Gefüge der Bevölkerung maßgeblich auch deren (durchschnittliches) Einkommensniveau beeinflusst. Im Hinblick auf die Höhe der (absoluten) Erwerbseinkommen seien vor allem die Erwerbsbeteiligung und die Erwerbstätigenstruktur (in Abhängigkeit von Qualifikation und Wirtschaftsstruktur) als maßgebliche Faktoren genannt. Für die Höhe der Abgabenbelastung und der sogenannten Transfereinkommen und entsprechend auch des Verfügbaren Einkommens sind des Weiteren vielerlei andere Gesichtspunkte von Belang, so zum Beispiel die Altersstruktur und Haushaltsgröße, die Arbeitsmarktsituation, die (primäre) Einkommensverteilung und unzählige andere, teils persönliche Bestimmungsfaktoren. Aufgrund der bestehenden Rückkopplungseffekte zwischen demografischer Struktur und Einkommenshöhe erklären sich die Unterschiede in den Pro-Kopf-Einkommen also nicht allein durch die Diskrepanz von erzielten Primär- und Transfereinkommen, sondern auch durch „Struktureffekte“ innerhalb der Bezugsgröße, also der jeweiligen Wohnbevölkerung.

Definition des Verfügbaren Einkommens

Das Verfügbare Einkommen der privaten Haushalte ist der Betrag, der den in einer bestimmten Region lebenden Menschen für Konsumzwecke oder zur Ersparnisbildung zur Verfügung steht. Das Verfügbare Einkommen errechnet sich wie folgt:

Primäreinkommen	
+	empfangene monetäre Sozialleistungen
+	empfangene sonstige laufende Transfers
-	geleistete Einkommen- und Vermögensteuern
-	geleistete Sozialbeiträge
-	geleistete sonstige laufende Transfers
=	Verfügbares Einkommen

**Verfügbares Einkommen*) je Einwohner 2017 gegenüber 1991
nach Bundesländern
in 1 000 EUR**



*) in jeweiligen Preisen

© Statistische Ämter des Bundes und der Länder

Graphik: Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“

Konsumausgaben und Sparen der privaten Haushalte

Konsumausgaben werden sowohl für die privaten Haushalte (einschließlich der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck) als auch für den Staat berechnet. Im Folgenden werden zunächst – wenn nicht abweichend bezeichnet – nur die Privaten Konsumausgaben erläutert.

In den Privaten Konsumausgaben sind die Konsumausgaben der privaten Haushalte und die Konsumausgaben der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck zusammengefasst. Die Konsumausgaben der privaten Haushalte entsprechen dem Wert der Waren- und Dienstleistungen, die die inländischen privaten Haushalte („Inländer“) zur Befriedigung individueller Bedürfnisse erwerben. Neben den tatsächlichen Käufen, zu denen unter anderem Entgelte für häusliche Dienste gehören, sind auch bestimmte unterstellte Käufe enthalten. Hierzu zählen in Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit produzierte und im privaten Haushalt des Unternehmers verwendete Erzeugnisse, Dienstleistungen der häuslichen Bediensteten (in Höhe der gezahlten Löhne), die Eigenutzung von Wohnungen (in Höhe der unterstellten Miete), Naturaleinkommen (Deputate) der Arbeitnehmer sowie Aufwendungen für die Verpflegung der Bundeswehr. Von den Prämien an Versicherungsunternehmen geht nur das hierin enthaltene Dienstleistungsentgelt in die Konsumausgaben ein. Die Verkäufe zwischen privaten Haushalten in ihrer Eigenschaft als Konsumenten haben nach den Konzepten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen keinen Einfluss auf die Höhe ihrer Konsumausgaben.

Nicht enthalten in den Konsumausgaben der privaten Haushalte sind Vorleistungen (zum Beispiel Ausgaben für geschäftliche Zwecke) sowie Bruttoinvestitionen (zum Beispiel Wohnungserwerb). Sofern von Selbstständigen gekaufte Güter sowohl in deren Betrieben als auch in ihrem Privatbereich verwen-

det werden können (zum Beispiel elektrischer Strom, Personenkraftwagen), werden die Käufe auf Vorleistungen bzw. Anlageinvestitionen einerseits und Konsumausgaben andererseits aufgeteilt. Ausgeschlossen aus den Konsumausgaben der privaten Haushalte sind ferner alle Aufwendungen der Eigentümer von Mietwohnungen und Eigenheimen für Reparaturen, die normalerweise vom Vermieter auszuführen sind. Sie gelten als Vorleistungen des Wirtschaftsbereichs Wohnungsvermietung. In diesen Konsumausgaben nicht enthalten sind die Aufwendungen der Sozialversicherung und der Sozialhilfe für Medikamente sowie für Arzt-, Krankenhaus- und Pflegeleistungen, die zu den Konsumausgaben des Staates zählen.

Die Konsumausgaben der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck (Kirchen, Gewerkschaften, politische Parteien, karitative Organisationen, wissenschaftliche Gesellschaften, Sportvereine usw.) bestehen aus dem Eigenverbrauch der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck. Dazu zählen der Wert der von privaten Organisationen ohne Erwerbszweck produzierten Güter (ohne selbsterstellte Anlagen und Verkäufe) sowie Ausgaben für Güter, die ohne irgendwelche Umwandlungen als soziale Sachleistungen den privaten Haushalten für ihren Konsum zur Verfügung gestellt werden.

Das Sparen der privaten Haushalte ist der Teil des verfügbaren Einkommens, der nicht konsumiert wird, zuzüglich der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche. Die Berücksichtigung der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche hat den Zweck, in der Ersparnis die Veränderung der Alterssicherungsansprüche einzubeziehen, auf die ein fester Anspruch besteht und die durch Prämien- und Beitragszahlungen entstehen.

Die Relation aus Sparen und verfügbarem Einkommen, letzteres erhöht um die Zunahme der betrieblichen Versorgungsansprüche, wird als Sparquote bezeichnet.

Nach internationalen Konventionen werden die Konsumausgaben der privaten Haushalte einschließlich der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck sowie das Sparen als Verwendungsaggregat des Bruttoinlandsprodukts nach dem Inländerkonzept ausgewiesen, das heißt die Ausgaben der Inländer in der übrigen Welt sind einbezogen, nicht dagegen die Ausgaben der Gebietsfremden im Inland.

Ausgangspunkt der Berechnungen zu den Privaten Konsumausgaben ist das verfügbare Einkommen, das den privaten Haushalten letztendlich zufließt und das sie für Konsum- und Sparzwecke verwenden können. Zur Ermittlung der Privaten Konsumausgaben werden insbesondere regional vorhandene Daten der Einkommens- und Verbrauchsstichproben (EVS), des Mikrozensus und der Bevölkerungsstatistik herangezogen.

Werden die Konsumausgaben der privaten Haushalte auf die Einwohnerzahl der Region bezogen, so ist die gleiche Problematik wie beim verfügbaren Einkommen je Einwohner (zum Beispiel Altersstruktur und Haushaltsgröße) zu beachten.

Definitionen zu „Konsum“ und „Sparen“ der privaten Haushalte

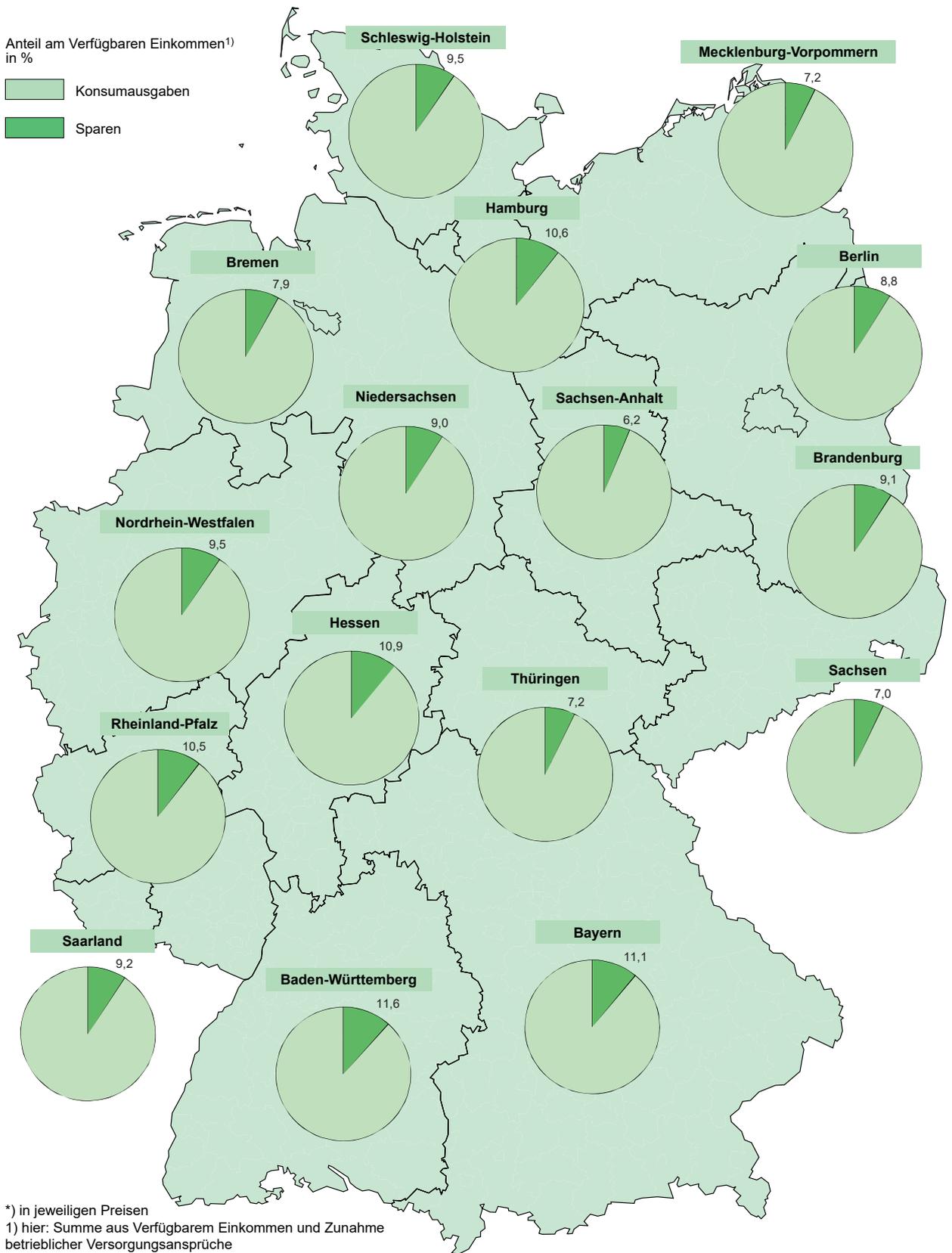
Konsum

In den Privaten Konsumausgaben sind die Konsumausgaben der privaten Haushalte und die Konsumausgaben der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck zusammengefasst. Die Konsumausgaben der privaten Haushalte entsprechen dem Wert der Waren- und Dienstleistungen, die die inländischen privaten Haushalte zur Befriedigung individueller Bedürfnisse erwerben. Neben den tatsächlichen Käufen sind auch unterstellte Käufe enthalten. Die Konsumausgaben der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck bestehen aus dem Eigenverbrauch der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck.

Sparen

Das Sparen der privaten Haushalte ist der Teil ihres verfügbaren Einkommens, der nicht konsumiert wird, zuzüglich der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche.

Konsumausgaben und Sparen der privaten Haushalte*) 2017 nach Bundesländern



Veröffentlichungen des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der

Zeitpunkt	November 2018	Dezember 2018	Januar 2019	Februar 2019
Anfang				
Mitte		<p>Arbeitnehmerentgelt Bruttolöhne und -gehälter Länderergebnisse 1991 – 2017 – Vorbericht – </p> <p>Arbeitnehmerentgelt Bruttolöhne und -gehälter Arbeitnehmer 1991 – 2017</p> <p>Arbeitsvolumen (Arbeitnehmer) 2000 – 2017 </p>		
Ende	<p>Bruttoanlage- investitionen Länderergebnisse 1991 – 2016 </p> <p>Bruttoanlage- investitionen 1991 – 2016 </p>			<p>Konsumausgaben des Staates 1991 – 2016 </p>

Länder“ 2018/2019

März 2019		April 2019	Mai 2019	Juni 2019
<p>Kostenlose Veröffentlichungen abrufbar unter www.vgrdl.de:</p> <p> Globale Indikatoren auf Länderebene (als HTML-Datei)</p> <p> Gemeinschaftsveröffentlichungen: (tiefergehendes Datenmaterial im kostenlosen Download als Excel-Dateien)</p> <p> Broschüre bzw. Faltblatt (als PDF-Datei im kostenlosen Download)</p> <p>Hinweise: Weitere Veröffentlichungen in Form von Statistischen Berichten durch die jeweiligen Statistischen Ämter der Länder. Die Berechnung der Erwerbstätigenzahlen obliegt dem Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ (AK ETR).</p>			<p>Primäreinkommen der privaten Haushalte 1991 – 2017</p> <p>Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte 1991 – 2017 </p>	<p>Faltblatt „Gesamtwirtschaftliche Ergebnisse im Bundesländervergleich 2019“ </p>
			<p>Bruttonationaleinkommen 1991 – 2017 </p>	<p>Anlagevermögen Länderergebnisse 1991 – 2016 </p> <p>Kapitalstock 1991 – 2016 </p>
<p>Bruttoinlandsprodukt Bruttowertschöpfung Länderergebnisse 1991 – 2018 </p>	<p>Arbeitnehmerentgelt Bruttolöhne und -gehälter Länderergebnisse 1991 – 2018 </p>			<p>Entstehung, Verteilung und Verwendung des Bruttoinlandsprodukts Länderergebnisse 1991 – 2018 </p>
<p>Bruttoinlandsprodukt 1991 – 2018</p>	<p>Arbeitnehmerentgelt Bruttolöhne und -gehälter 1991 – 2018</p>			<p>Private Konsumausgaben Sparen, Sparquote 1991 – 2017 </p>
<p>Erwerbstätige 1991 – 2018</p>				
<p>Einwohner 1991 – 2018</p>	<p>Arbeitnehmer 1991 – 2018</p>			
<p>Arbeitsvolumen (Erwerbstätige) 2000 – 2018 </p>	<p>Arbeitsvolumen (Arbeitnehmer) 2000 – 2018 </p>			

Juli 2019	August 2019	September 2019	Oktober 2019
			<p>Einkommen der privaten Haushalte Kreisergebnisse 1995 – 2017</p> 
<p>Broschüre „Zusammenhänge, Bedeutung und Ergebnisse – Ausgabe 2019“</p> 			
<p>Bruttoinlandsprodukt Bruttowertschöpfung Kreisergebnisse 1992, 1994 – 2017</p>  <p>Arbeitnehmerentgelt Bruttolöhne und -gehälter Kreisergebnisse 2000 – 2017</p> 		<p>Bruttoinlandsprodukt 1. Halbjahr 2019 (Berechnungsstand August 2019; Veränderungsraten)</p> 	

Anschriftenverzeichnis der Mitglieder des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“

Statistisches Landesamt
Baden-Württemberg
Böblinger Straße 68
70199 Stuttgart
Telefon 0711 641 - 24 70
Telefax 0711 641 - 24 01
vgr@stala.bwl.de

Bayerisches Landesamt
für Statistik
St.-Martin-Straße 47
81541 München
Telefon 089 2119 - 33 94
Telefax 089 2119 - 1 33 94, - 1 33 77
vgr@statistik.bayern.de

Amt für Statistik Berlin-Brandenburg
Standort Berlin
Alt-Friedrichsfelde 60
10315 Berlin
Telefon 030 9021 - 37 40
Telefax 030 9021 - 37 75
vgr@statistik-bbb.de

Statistisches Landesamt Bremen
An der Weide 14 – 16
28195 Bremen
Telefon 0421 361 - 21 40
Telefax 0421 361 - 64 80
vgr@statistik.bremen.de

Statistisches Amt
Mecklenburg-Vorpommern
Lübecker Straße 287
19059 Schwerin
Telefon 0385 588 - 5 60 41
Telefax 0385 588 - 5 69 73
vgr@statistik-mv.de

Hessisches Statistisches Landesamt
Rheinstraße 35/37
65185 Wiesbaden
Telefon 0611 3802 - 8 25
Telefax 0611 3802 - 8 90
vgr@statistik.hessen.de

Statistisches Amt für Hamburg
und Schleswig-Holstein
Fröbelstraße 15 – 17
24113 Kiel
Telefon 0431 6895 - 92 33
Telefax 040 427 96 43 47
vgr@statistik-nord.de

Landesamt für Statistik
Niedersachsen
Göttinger Chaussee 76
30453 Hannover
Telefon 0511 9898 - 16 00
Telefax 0511 9898 - 43 21
vgr@statistik.niedersachsen.de

Information und Technik NRW
Statistisches Landesamt
Mauerstraße 51
40476 Düsseldorf
Telefon 0211 9449 - 29 51
Telefax 0211 44 20 06
vgr@it.nrw.de

LZD – Statistisches Amt Saarland
Virchowstraße 7
66119 Saarbrücken
Telefon 0681 501 - 59 48
Telefax 0681 501 - 58 74
vgr.statistik@lzd.saarland.de

Statistisches Landesamt
Rheinland-Pfalz
Mainzer Straße 14 – 16
56130 Bad Ems
Telefon 02603 71 - 21 30
Telefax 02603 71 - 39 80
vgr@statistik.rlp.de

Statistisches Landesamt
des Freistaates Sachsen
Macherstraße 63
01917 Kamenz
Telefon 03578 33 - 34 00
Telefax 03578 33 - 34 98
akvgr@statistik.sachsen.de

Statistisches Landesamt
Sachsen-Anhalt
Merseburger Straße 2
06110 Halle
Telefon 0345 2318 - 3 55
Telefax 0345 2318 - 9 23
vgr@stala.mi.sachsen-anhalt.de

Thüringer Landesamt für Statistik
Europaplatz 3
99091 Erfurt
Telefon 0361 57331 - 92 10
Telefax 0361 57331 - 96 17
vgr@statistik.thueringen.de

Statistisches Bundesamt
Gustav-Stresemann-Ring 11
65189 Wiesbaden
Telefon 0611 75 - 24 71
Telefax 0611 75 - 39 52
vgr-entstehung@destatis.de

Bürgeramt, Statistik und Wahlen
Zeil 3
60313 Frankfurt am Main
Telefon 069 212 - 3 34 22
Telefax 069 212 - 3 63 01
VGR.statistik12@stadt-frankfurt.de

Länderübergreifende Datenanfragen, die über den unter www.vgrdl.de dargestellten Umfang an regionalen VGR-Daten hinausgehen, richten Sie bitte an die Federführung des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ unter vgr@stala.bwl.de.

Wirtschaftszweiggliederung in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen nach WZ 2008

Wirtschaftszweiggliederung in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen nach WZ 2008

Abteilungen	A*38	A*21	A*10	A*10 mit Zusammenfassungen	A*3
01 bis 03	AA Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	A Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	A Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	A Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	A Land- und Forstwirtschaft, Fischerei
05 bis 09	BA Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	B Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden			
10 bis 12	CA Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln; Getränkeherstellung; Tabakverarbeitung				
13 bis 15	CB Herstellung von Textilien, Bekleidung, Leder, Lederwaren und Schuhen				
16 bis 18	CC Herstellung von Holzwaren, Papier und Druckerzeugnissen				
19	CD Kohlerei und Mineralölverarbeitung				
20	CE Herstellung von chemischen Erzeugnissen				
21	CF Herstellung von pharmazeutischen Erzeugnissen				
22 + 23	CG Herstellung von Gummi-, Kunststoff- und Glaswaren, Keramik u.Ä.				
24 + 25	CH Metallherzeugung und -bearbeitung, Herstellung von Metallerezeugnissen	C Verarbeitendes Gewerbe	B - E Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe darunter C Verarbeitendes Gewerbe	B - E Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe darunter C Verarbeitendes Gewerbe	B - F Produzierendes Gewerbe
26	CI Herstellung von Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen				
27	CJ Herstellung von elektrischen Ausstattungen				
28	CK Maschinenbau				
29 + 30	CL Fahrzeugbau				
31 bis 33	CM Herstellung von Möbeln, sonstigen Waren, Reparatur und Installation von Maschinen und Ausrüstungen				
35	DA Energieversorgung				
36 bis 39	EA Wasserversorgung; Entsorgung u.Ä.				
41 bis 43	FA Baugewerbe	F Baugewerbe	F Baugewerbe	F Baugewerbe	F Baugewerbe
45 bis 47	GA Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	G Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	G - I Handel, Verkehr und Lagerei, Gastgewerbe	G - J Handel, Verkehr und Lagerei, Gastgewerbe, Information und Kommunikation	G - J Handel, Verkehr und Lagerei, Gastgewerbe, Information und Kommunikation
48 bis 53	HA Verkehr und Lagerei	H Verkehr und Lagerei			
55 + 56	IA Gastgewerbe	I Gastgewerbe			
58 bis 60	JA Verlagswesen, audiovisuelle Medien und Rundfunk				
61	JB Telekommunikation				
62 + 63	JC Informationstechnologische Dienstleistungen; Informationsdienstleistungen	J Information und Kommunikation	J Information und Kommunikation	J Information und Kommunikation	
64 bis 66	KA Finanz- und Versicherungsdienstleister	K Finanz- und Versicherungsdienstleister	K Finanz- und Versicherungsdienstleister	K Finanz- und Versicherungsdienstleister	
68	LA Grundstücks- und Wohnungswesen	L Grundstücks- und Wohnungswesen	L Grundstücks- und Wohnungswesen	L Grundstücks- und Wohnungswesen	
69 bis 71	MA Freiberufliche und technische Dienstleister	M Freiberufliche, wissenschaftliche und technische Dienstleister	M - N Unternehmensdienstleister	M - N Unternehmensdienstleister	
72	MB Forschung und Entwicklung				
73 bis 75	MC Sonstige freiberufliche, wissenschaftliche und technische Dienstleister				
77 bis 82	NA Sonstige Unternehmensdienstleister	N Sonstige Unternehmensdienstleister			
84	OA Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung	O Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung			
85	PA Erziehung und Unterricht	P Erziehung und Unterricht			
86	QA Gesundheitswesen	Q Gesundheits- und Sozialwesen			
87 + 88	QB Heime und Sozialwesen				
90 bis 93	RA Kunst, Unterhaltung und Erholung	R Kunst, Unterhaltung und Erholung	O - Q Öffentliche Dienstleister, Erziehung, Gesundheit	O - T Öffentliche und sonstige Dienstleister, Erziehung und Gesundheit, Private Haushalte mit Hauspersonal	G - T Dienstleistungsbereiche
94 bis 96	SA Sonstigen Dienstleister a.n.g.	S Sonstige Dienstleister a.n.g.			
97 + 98	TA Private Haushalte mit Hauspersonal; Herstellung von Waren und Erbringung von Dienstleistungen durch private Haushalte für den Eigenbedarf ohne ausgeprägten Schwerpunkt	T Private Haushalte mit Hauspersonal; Herstellung von Waren und Erbringung von Dienstleistungen durch private Haushalte für den Eigenbedarf ohne ausgeprägten Schwerpunkt	R - T Kunst, Unterhaltung und Erholung; Sonstige Dienstleister, Private Haushalte mit Hauspersonal	R - T Kunst, Unterhaltung und Erholung; Sonstige Dienstleister, Private Haushalte mit Hauspersonal	
Gesamte Volkswirtschaft (Summe der Bereiche)					

Abkürzungsverzeichnis

ABl.	Amtsblatt
AK ETR	Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“
AK VGRdL	Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“
ANE	Arbeitnehmerentgelt
a.n.g.	anderweitig nicht genannt
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BLG	Bruttolöhne und -gehälter
BStatG	Bundesstatistikgesetz
BWS	Bruttowertschöpfung
bzw.	beziehungsweise
DESTATIS	Statistisches Bundesamt
ESVG	Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen
EU	Europäische Union
EUR	Euro
Eurostat	Statistisches Amt der Europäischen Union
EVS	Einkommens- und Verbrauchsstichprobe
FISIM	Finanzserviceleistungen, indirekte Messung (Financial Intermediation Services, Indirectly Measured)
FuE	Forschung und Entwicklung
GmbE	Gebiete mit besonderen Entwicklungsaufgaben
Kfz	Kraftfahrzeug
Mill.	Millionen
Mrd.	Milliarden
Nr.	Nummer
NUTS	Gebietssystematik für die Statistik (Nomenclature of Territorial Units for Statistics)
R-LGR	Regionale Landwirtschaftliche Gesamtrechnung
SNA	Internationales System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (System of National Accounts)
u.a.	unter anderem
u.Ä.	und ähnliche
usw.	und so weiter
vgl.	vergleiche
VGR	Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen
WZ	Klassifikation der Wirtschaftszweige
z.B.	zum Beispiel

Tabellenanhang

Ausgewählte Indikatoren im Zeitvergleich

Auszug aus dem Veröffentlichungsprogramm des Arbeitskreises
„Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“.

Tiefer gegliederte Ergebnisse – nach Wirtschaftsbereichen sowie Kreisergebnisse –
bietet der Arbeitskreis im Internet unter www.vgrdl.de zum kostenlosen Download an.

1. Wirtschaftswachstum*) seit 1991 nach Bundesländern

Jahr	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern	Niedersachsen
Veränderung des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts gegenüber dem Vorjahr in %									
1991
1992	0,8	2,8	3,4	8,5	- 1,3	- 1,0	1,2	7,6	1,4
1993	- 4,1	- 1,6	2,9	11,8	- 4,3	0,0	- 1,7	9,7	- 1,6
1994	1,9	1,7	1,7	11,0	1,5	0,9	0,9	11,2	1,8
1995	1,9	1,1	1,8	8,2	0,1	0,6	1,1	7,7	- 0,8
1996	1,0	1,1	- 1,1	4,3	- 0,1	2,1	2,0	2,9	- 0,1
1997	1,9	2,1	- 2,0	2,3	2,7	3,5	1,7	1,6	1,8
1998	2,3	3,6	0,4	1,1	0,5	1,2	1,9	0,4	2,3
1999	2,6	2,8	- 0,0	4,2	- 0,3	1,8	3,1	2,6	1,5
2000	3,5	4,5	1,5	3,1	4,7	2,7	3,6	0,4	2,8
2001	3,2	2,9	- 0,2	0,3	2,0	5,4	2,4	- 0,8	- 0,3
2002	- 0,9	1,0	- 1,6	0,3	1,9	0,7	- 1,4	0,8	- 1,6
2003	- 0,3	- 1,6	- 2,4	- 0,1	1,0	- 2,1	0,5	- 0,1	- 0,5
2004	0,3	2,1	- 1,2	1,6	0,3	0,4	- 0,1	1,1	1,7
2005	0,6	1,2	1,7	0,8	0,9	1,6	0,3	- 0,1	1,3
2006	6,2	3,8	3,2	3,1	4,3	1,8	3,2	1,7	3,7
2007	3,9	3,3	3,3	1,8	1,8	2,1	2,8	4,4	3,0
2008	0,4	0,2	4,0	2,1	0,3	3,3	0,8	1,6	1,8
2009	- 9,1	- 4,5	- 1,4	- 2,8	- 9,3	- 4,7	- 7,6	- 0,7	- 5,1
2010	7,7	4,9	3,0	2,8	4,6	1,3	3,1	- 0,2	5,0
2011	4,7	5,9	3,6	0,8	2,4	0,7	2,9	1,9	4,4
2012	0,4	1,1	- 0,0	0,7	2,7	0,4	- 0,4	- 0,4	0,6
2013	0,7	1,2	0,0	0,7	- 0,9	3,0	0,6	0,5	- 0,5
2014	2,1	2,4	2,5	4,1	1,1	0,2	1,6	2,6	2,9
2015	3,1	2,3	4,1	1,5	1,2	2,3	0,9	0,5	- 0,3
2016	1,2	2,8	5,1	2,5	1,6	1,1	2,7	1,3	6,4
2017	2,8	3,2	3,1	1,9	2,4	2,6	1,5	3,1	1,4
2018	1,5	1,4	3,1	1,4	2,1	1,7	2,2	0,7	1,1

*) Veränderung des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts gegenüber dem Vorjahr.

Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: August 2018/Februar 2019.

Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen	Deutschland	Jahr
---------------------	-----------------	----------	---------	----------------	--------------------	-----------	-------------	------

Veränderung des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts gegenüber dem Vorjahr in %

.	1991
1,1	0,5	- 0,7	9,1	8,8	1,3	17,0	1,9	1992
- 2,4	- 2,8	- 4,6	12,0	12,6	- 1,4	12,9	- 1,0	1993
1,3	1,6	2,9	12,4	10,3	1,0	12,3	2,5	1994
1,4	1,3	2,4	8,2	4,3	1,8	4,0	1,7	1995
- 0,1	- 0,5	- 2,6	3,0	3,3	1,1	2,8	0,8	1996
2,0	2,8	1,9	- 0,3	2,6	2,1	3,0	1,8	1997
2,0	0,4	2,2	1,2	0,3	0,6	2,3	2,0	1998
1,2	2,2	2,4	1,5	1,4	0,8	2,7	2,0	1999
2,4	2,2	4,4	0,4	1,1	2,5	1,9	3,0	2000
1,3	- 1,3	2,0	1,5	- 0,7	1,4	0,7	1,7	2001
0,4	1,2	- 1,3	2,4	2,7	- 1,8	0,4	-	2002
- 1,2	- 0,4	- 0,3	1,1	- 0,2	- 0,1	1,3	- 0,7	2003
1,4	2,6	3,1	1,8	1,0	1,7	1,6	1,2	2004
0,5	- 0,0	3,5	- 0,5	- 0,5	0,2	- 0,3	0,7	2005
2,9	3,5	3,0	4,3	3,5	2,8	3,4	3,7	2006
4,0	2,7	2,3	3,1	2,4	1,5	2,7	3,3	2007
1,4	0,6	0,3	- 0,0	0,2	2,7	- 0,2	1,1	2008
- 5,3	- 4,7	- 10,6	- 4,2	- 5,5	- 3,7	- 5,1	- 5,6	2009
2,5	4,9	5,2	3,1	4,3	0,9	4,7	4,1	2010
2,7	3,3	4,6	3,3	- 0,9	2,5	4,3	3,7	2011
- 0,0	1,1	- 1,3	0,6	2,4	3,1	- 0,3	0,5	2012
0,3	- 0,2	- 2,3	0,1	- 0,7	- 0,4	1,4	0,5	2013
1,8	2,5	3,1	3,3	1,4	1,8	4,2	2,2	2014
1,0	2,9	0,6	2,4	1,4	0,7	1,4	1,7	2015
0,9	0,6	- 0,5	2,3	1,8	2,6	1,4	2,2	2016
1,5	0,9	1,0	1,6	1,1	2,8	1,6	2,2	2017
0,9	1,7	- 0,8	1,2	0,9	1,8	0,5	1,4	2018

2. Bruttoinlandsprodukt – in jeweiligen Preisen – seit 1991 nach Bundesländern

Jahr	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern	Niedersachsen
Bruttoinlandsprodukt in Mill. EUR (in jeweiligen Preisen)									
1991	241 787	262 142	67 843	19 563	18 745	61 145	150 118	14 070	143 341
1992	254 933	281 958	74 699	24 316	19 318	63 393	158 449	17 332	152 303
1993	253 366	287 715	80 357	29 691	19 293	65 896	161 499	20 793	155 857
1994	262 749	298 661	83 168	34 316	19 959	67 958	166 003	24 137	162 541
1995	272 402	307 792	85 736	37 807	20 403	69 730	170 870	26 416	164 685
1996	277 454	313 362	84 987	39 674	20 466	71 354	175 247	27 414	165 740
1997	283 106	321 244	83 729	40 490	21 110	73 951	178 951	27 859	168 968
1998	291 678	334 700	83 970	41 468	21 349	75 811	182 634	28 013	174 615
1999	301 388	345 226	84 566	43 350	21 416	76 488	189 911	28 826	178 370
2000	309 550	358 740	85 336	44 685	22 361	78 127	194 512	29 127	183 839
2001	323 511	372 528	86 183	45 794	23 156	82 478	201 620	29 598	187 043
2002	325 818	381 649	86 306	46 392	23 822	83 916	202 722	29 883	185 888
2003	328 749	378 328	85 474	46 715	24 438	84 234	207 924	30 136	186 701
2004	332 697	390 623	85 407	47 956	24 694	86 052	210 666	30 639	191 536
2005	336 269	396 911	87 254	48 716	25 108	87 944	212 255	30 830	195 794
2006	356 956	412 903	90 412	50 820	26 285	89 173	218 924	31 670	204 466
2007	377 127	433 563	94 675	53 004	27 286	92 387	227 463	33 485	213 418
2008	381 486	436 933	99 302	54 884	27 652	95 145	230 569	34 452	219 223
2009	355 496	426 706	99 267	53 627	25 162	91 715	219 496	34 101	209 828
2010	384 913	450 203	103 292	56 034	26 719	94 578	227 171	34 969	222 851
2011	405 955	480 472	108 143	57 740	27 665	95 872	235 576	36 263	235 886
2012	413 689	494 015	109 910	58 993	28 871	98 017	238 020	36 710	241 513
2013	424 264	509 084	112 603	60 781	29 167	102 233	243 829	38 054	245 571
2014	440 626	530 417	117 927	64 154	30 068	104 852	253 619	39 603	256 160
2015	463 709	553 662	125 249	66 125	31 099	110 340	261 686	40 516	259 246
2016	475 812	578 315	133 603	68 532	31 765	111 674	273 087	41 451	278 963
2017	495 149	605 390	139 683	71 164	33 033	116 380	280 934	43 751	287 771
2018	511 420	625 161	147 057	73 722	34 294	120 332	292 016	44 914	296 164

Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: August 2018/Februar 2019.

Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen	Deutschland	Jahr
---------------------	-----------------	----------	---------	----------------	--------------------	-----------	-------------	------

Bruttoinlandsprodukt in Mill. EUR (in jeweiligen Preisen)

379 622	75 795	21 269	36 476	20 337	50 622	16 927	1 579 800	1991
400 291	79 385	22 103	45 206	25 420	53 626	22 588	1 695 320	1992
403 742	79 689	21 825	54 870	31 246	54 975	27 736	1 748 550	1993
416 209	82 818	22 859	63 700	35 987	56 819	32 408	1 830 290	1994
431 311	86 141	23 852	70 174	38 290	58 977	34 295	1 898 880	1995
432 774	86 248	23 276	72 836	39 942	59 926	35 619	1 926 320	1996
443 231	88 933	23 759	72 809	40 922	61 259	36 769	1 967 090	1997
454 786	89 919	24 183	73 889	41 423	62 047	37 744	2 018 230	1998
459 292	92 253	24 599	75 477	41 984	62 721	39 013	2 064 880	1999
468 890	94 125	25 412	75 524	42 430	64 149	39 673	2 116 480	2000
479 665	94 491	25 970	77 959	43 063	66 096	40 696	2 179 850	2001
488 169	96 577	25 990	80 866	44 607	65 344	41 342	2 209 290	2002
488 368	97 106	26 233	82 509	44 905	66 125	42 136	2 220 080	2003
501 679	100 165	27 367	84 730	45 769	67 571	43 067	2 270 620	2004
508 544	100 804	28 726	84 653	45 864	68 041	43 147	2 300 860	2005
525 442	104 636	29 896	88 779	47 899	70 119	44 869	2 393 250	2006
558 003	109 449	31 353	92 954	50 153	71 984	46 928	2 513 230	2007
572 389	111 340	31 730	93 981	50 869	74 363	47 423	2 561 740	2008
550 378	108 359	28 690	91 168	48 530	72 241	45 513	2 460 280	2009
566 173	114 338	30 295	95 053	51 350	73 898	48 225	2 580 060	2010
588 785	119 608	32 033	99 510	52 042	76 597	50 972	2 703 120	2011
596 332	122 724	32 277	101 520	54 220	79 837	51 612	2 758 260	2012
608 826	125 262	31 975	104 223	55 178	81 480	53 712	2 826 240	2013
630 410	130 411	33 457	109 422	56 504	84 238	56 722	2 938 590	2014
648 986	136 978	34 346	114 124	58 093	86 260	58 440	3 048 860	2015
664 179	140 059	34 602	118 464	59 773	89 327	60 144	3 159 750	2016
685 187	143 730	35 546	122 282	61 653	93 515	62 172	3 277 340	2017
705 066	149 148	35 961	126 364	63 504	97 074	63 804	3 386 000	2018

3. Arbeitsproduktivität*) seit 1991 nach Bundesländern

Jahr	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern	Niedersachsen
Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen in EUR (in jeweiligen Preisen)									
1991	46 834	43 374	39 834	16 432	47 262	59 918	50 844	16 835	43 554
1992	48 844	46 042	44 580	22 879	48 111	61 178	52 938	23 037	45 604
1993	49 311	47 380	48 186	28 793	48 640	63 936	54 461	28 167	46 918
1994	51 594	49 194	50 219	32 282	50 856	66 068	56 264	31 701	48 779
1995	53 367	50 666	51 749	34 742	53 163	68 538	57 992	33 705	48 900
1996	53 988	51 666	52 113	36 519	54 101	70 581	59 203	35 335	49 205
1997	54 798	52 903	52 468	37 283	55 579	73 619	60 546	36 529	50 055
1998	55 677	54 020	53 007	38 343	56 477	74 653	61 189	36 897	51 312
1999	56 565	54 727	53 448	39 878	56 095	74 389	62 598	37 634	51 325
2000	56 286	55 625	52 840	41 007	56 792	74 484	62 404	38 006	51 397
2001	58 318	57 436	54 013	43 044	58 599	78 124	64 469	39 533	52 534
2002	58 691	58 987	55 020	44 469	60 375	80 089	65 020	40 415	52 165
2003	59 782	59 205	55 298	45 475	62 424	81 351	67 605	41 507	52 668
2004	60 335	61 118	54 935	46 536	62 804	82 859	68 342	42 295	53 717
2005	60 854	61 835	56 051	47 600	63 943	83 909	68 991	42 623	55 072
2006	64 149	63 710	57 133	49 350	66 064	84 150	70 817	43 338	57 106
2007	66 607	65 635	58 584	50 458	67 471	85 153	72 618	44 959	58 565
2008	66 365	65 137	60 339	51 537	67 976	85 840	72 855	45 921	59 375
2009	62 246	63 422	59 387	49 758	62 253	81 682	69 155	45 154	56 377
2010	67 409	66 440	61 156	51 788	66 251	83 628	71 500	46 599	59 606
2011	69 991	69 553	63 330	53 284	67 629	83 475	73 101	48 925	61 993
2012	70 282	70 345	62 908	54 332	69 559	83 837	72 998	49 954	62 568
2013	71 306	71 789	63 466	56 196	70 125	86 520	74 525	51 887	63 158
2014	73 190	73 938	65 264	59 304	71 933	87 978	76 727	53 499	65 349
2015	76 258	76 052	67 807	60 921	74 160	91 643	78 451	54 457	65 530
2016	77 211	78 097	70 310	62 181	74 829	91 133	80 839	55 542	69 571
2017	79 167	80 374	71 433	63 844	76 663	93 471	81 885	58 074	70 862
2018	80 701	81 764	73 404	65 697	78 623	95 497	83 963	59 139	71 911

*) Bruttoinlandsprodukt – in jeweiligen Preisen – je Erwerbstätigen.

Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: August 2018/Februar 2019.

Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen	Deutschland	Jahr
---------------------	-----------------	----------	---------	----------------	--------------------	-----------	-------------	------

Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen in EUR (in jeweiligen Preisen)

47 136	45 139	44 070	16 168	15 920	41 581	13 794	40 727	1991
49 250	46 967	45 615	22 972	22 425	43 657	21 589	44 284	1992
50 344	47 684	45 753	28 764	28 238	45 132	27 097	46 275	1993
52 404	49 551	48 043	32 454	31 852	46 695	30 825	48 423	1994
54 483	51 209	49 782	34 758	33 340	48 174	32 196	50 026	1995
54 418	51 020	48 394	36 079	35 382	48 737	33 847	50 734	1996
55 356	52 509	49 388	36 568	36 988	49 894	35 306	51 838	1997
55 693	52 261	49 359	37 128	37 546	50 363	35 462	52 548	1998
55 029	52 546	48 952	37 676	38 425	50 025	35 926	52 904	1999
54 492	52 118	49 182	37 738	39 599	50 084	36 750	53 022	2000
55 989	52 264	50 528	39 844	41 281	51 539	38 479	54 758	2001
57 207	53 139	50 744	41 771	43 495	51 340	39 892	55 748	2002
57 815	53 885	51 492	42 828	44 315	52 759	41 609	56 635	2003
59 049	55 036	53 327	43 938	45 241	53 897	42 256	57 722	2004
59 901	55 219	55 756	44 264	45 909	54 353	42 653	58 507	2005
61 565	56 850	58 119	45 881	47 406	55 576	43 979	60 382	2006
64 318	58 242	60 781	47 329	48 926	56 127	45 212	62 324	2007
65 106	58 360	61 257	47 602	49 314	57 230	45 422	62 702	2008
62 749	56 855	55 740	46 402	47 230	55 416	43 857	60 165	2009
64 459	59 935	58 623	48 119	49 921	56 639	46 124	62 898	2010
66 041	61 948	61 242	50 174	50 738	57 994	48 445	65 015	2011
66 232	63 035	61 635	50 725	53 081	60 075	48 993	65 578	2012
67 260	64 116	61 619	51 829	54 333	61 184	51 233	66 784	2013
69 154	66 311	64 561	54 263	55 926	62 866	54 274	68 866	2014
70 588	68 951	66 019	56 666	57 764	63 674	56 014	70 787	2015
71 447	69 951	65 848	58 231	59 313	64 821	57 608	72 402	2016
72 708	71 106	67 123	59 463	61 086	66 767	59 208	74 032	2017
73 824	73 106	67 636	60 895	62 780	68 400	60 830	75 516	2018

4. Arbeitnehmerentgelt (Inland) seit 1991 nach Bundesländern

Jahr	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern	Niedersachsen
Arbeitnehmerentgelt in Mill. EUR (Inland)									
1991	128 015	137 650	37 844	15 372	10 228	29 087	76 081	10 480	73 655
1992	137 891	150 520	41 324	17 547	10 854	31 459	82 657	11 885	79 837
1993	137 343	153 831	43 884	19 554	10 962	32 024	84 241	13 259	81 089
1994	139 481	157 897	44 966	21 503	11 028	32 662	85 719	14 595	82 344
1995	144 482	162 888	46 435	23 306	11 162	33 105	88 396	15 861	85 574
1996	146 093	164 237	46 175	23 702	11 106	33 228	89 195	15 987	86 153
1997	147 485	165 799	45 383	23 767	11 125	33 224	89 161	15 840	86 851
1998	151 463	171 314	45 802	23 813	11 239	33 772	91 046	15 937	88 616
1999	157 153	177 083	46 083	24 243	11 457	34 386	93 850	16 318	91 189
2000	165 539	185 662	47 142	24 515	11 689	35 532	98 504	16 463	95 025
2001	170 233	190 956	47 053	24 337	11 933	36 499	100 755	16 313	95 874
2002	172 251	193 042	46 637	24 182	11 900	36 595	101 911	16 283	96 338
2003	173 476	193 230	45 944	23 897	12 068	36 514	102 447	16 171	97 105
2004	173 698	193 960	45 804	23 852	12 005	36 697	102 058	16 099	96 981
2005	174 218	194 751	45 395	23 682	12 022	37 362	101 706	16 056	95 602
2006	178 385	198 988	45 871	23 981	12 353	38 117	103 855	16 171	98 109
2007	183 434	205 987	47 002	24 793	12 655	39 288	107 306	16 663	99 944
2008	189 492	214 737	48 710	25 626	13 134	41 102	111 788	17 139	103 142
2009	185 883	214 479	49 855	26 179	13 147	42 092	111 141	17 579	105 141
2010	192 059	222 446	51 635	26 951	13 385	42 808	113 078	17 959	108 271
2011	201 221	233 218	54 005	27 918	13 934	44 415	117 621	18 449	113 237
2012	209 908	243 773	55 958	28 432	14 443	46 588	121 209	19 047	117 591
2013	216 595	251 859	57 843	29 226	14 887	48 518	123 936	19 327	121 256
2014	224 111	262 641	60 880	30 203	15 305	50 319	128 416	20 066	126 440
2015	234 824	273 641	65 189	31 570	15 901	52 103	133 048	20 999	131 756
2016	244 353	285 621	68 400	32 860	16 423	53 815	137 428	21 799	136 059
2017	254 579	299 131	73 501	34 132	17 193	56 127	143 000	22 636	141 886
2018	266 131	315 123	78 577	35 492	17 735	58 218	149 821	23 601	149 183

Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: August 2018/Februar 2019.

Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen	Deutschland	Jahr
---------------------	-----------------	----------	---------	----------------	--------------------	-----------	-------------	------

Arbeitnehmerentgelt in Mill. EUR (Inland)

201 670	38 024	11 585	28 280	15 699	25 801	14 930	854 401	1991
216 646	41 155	12 407	31 470	17 763	27 899	16 127	927 440	1992
218 701	41 694	12 477	34 807	19 927	28 394	17 869	950 055	1993
221 195	42 841	12 686	38 243	21 781	29 205	19 446	975 593	1994
227 569	44 367	13 040	41 901	23 444	30 303	20 794	1 012 628	1995
230 073	44 894	13 128	42 664	23 487	30 708	21 039	1 021 868	1996
232 216	45 208	13 140	42 228	23 153	30 797	21 051	1 026 429	1997
237 345	46 197	13 502	42 421	23 238	30 923	21 688	1 048 318	1998
244 368	47 395	13 974	43 250	23 413	31 780	22 651	1 078 593	1999
254 026	49 560	14 626	43 612	22 976	32 853	22 802	1 120 526	2000
256 272	50 178	15 079	43 386	22 703	33 343	22 811	1 137 729	2001
257 921	50 617	14 894	43 264	22 624	33 511	22 788	1 144 758	2002
257 228	50 924	14 953	43 587	22 555	33 373	22 743	1 146 217	2003
258 520	51 205	15 159	43 695	22 596	33 098	22 995	1 148 422	2004
257 901	51 001	15 150	42 984	22 309	32 883	22 854	1 145 877	2005
259 411	51 843	15 269	43 888	22 689	33 088	23 268	1 165 287	2006
264 978	53 169	15 563	45 238	23 151	33 973	23 924	1 197 070	2007
275 064	54 858	15 647	46 981	24 132	34 943	24 779	1 241 273	2008
276 927	55 610	15 403	47 360	24 744	35 354	24 768	1 245 663	2009
284 117	56 912	16 070	49 049	25 562	36 095	25 564	1 281 963	2010
296 874	58 942	16 750	50 685	26 296	37 241	26 467	1 337 273	2011
308 649	60 882	17 027	52 485	27 099	38 329	27 412	1 388 832	2012
314 272	63 303	17 406	54 023	27 470	39 331	28 154	1 427 407	2013
327 561	65 445	17 758	55 952	28 300	40 504	29 203	1 483 103	2014
335 019	67 945	18 143	58 515	29 576	42 103	30 436	1 540 768	2015
346 474	69 449	18 504	61 362	30 624	43 957	31 620	1 598 748	2016
360 619	71 409	19 034	63 936	31 764	45 902	32 766	1 667 616	2017
374 792	74 722	19 687	66 956	33 130	47 993	33 895	1 745 055	2018

5. Lohnkosten*) seit 1991 nach Bundesländern

Jahr	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern	Niedersachsen
Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer in EUR (Inland)									
1991	27 500	26 175	23 978	13 587	27 375	30 902	28 438	13 102	25 055
1992	29 279	28 167	26 775	17 688	28 782	32 999	30 479	16 774	26 686
1993	29 716	29 046	28 729	20 456	29 590	33 924	31 413	19 250	27 269
1994	30 529	29 839	29 878	21 902	30 196	34 733	32 177	20 663	27 627
1995	31 602	30 807	30 983	23 199	31 295	35 644	33 319	21 825	28 404
1996	31 788	31 169	31 479	23 698	31 592	36 060	33 572	22 275	28 638
1997	31 965	31 443	31 764	23 878	31 479	36 423	33 731	22 478	28 812
1998	32 302	31 792	32 319	24 150	31 929	36 775	34 130	22 726	29 110
1999	32 858	32 208	32 518	24 616	32 332	37 031	34 523	23 097	29 250
2000	33 429	32 839	32 616	24 982	31 981	37 469	35 137	23 330	29 491
2001	34 091	33 493	33 041	25 552	32 620	38 293	35 834	23 818	29 912
2002	34 506	33 950	33 441	25 961	32 696	38 795	36 405	24 236	30 087
2003	35 155	34 466	33 719	26 159	33 565	39 258	37 214	24 669	30 565
2004	35 186	34 685	33 721	26 198	33 558	39 372	37 116	24 746	30 425
2005	35 317	34 773	33 696	26 479	33 955	39 761	37 200	24 925	30 214
2006	35 951	35 201	33 575	26 680	34 398	40 275	37 811	24 919	30 816
2007	36 300	35 718	33 634	27 002	34 502	40 659	38 410	25 176	30 828
2008	36 846	36 605	34 158	27 561	35 322	41 514	39 432	25 682	31 304
2009	36 347	36 404	34 489	27 851	35 521	41 920	39 185	26 211	31 618
2010	37 519	37 439	35 370	28 516	36 271	42 458	39 860	26 942	32 404
2011	38 699	38 494	36 578	29 479	37 248	43 519	40 868	27 935	33 336
2012	39 731	39 468	36 949	29 911	37 999	44 724	41 567	28 872	34 132
2013	40 468	40 191	37 399	30 735	38 951	45 830	42 248	29 261	34 804
2014	41 328	41 276	38 540	31 671	39 686	46 937	43 178	30 207	35 832
2015	42 760	42 213	40 305	33 052	40 998	47 974	44 208	31 433	36 833
2016	43 794	43 211	40 995	33 923	41 688	48 614	45 005	32 468	37 420
2017	44 857	44 368	42 592	34 724	42 941	49 854	45 978	33 354	38 442
2018	46 141	45 867	44 270	35 699	43 717	50 951	47 375	34 392	39 772

*) Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer (Inland).

Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: August 2018/Februar 2019.

Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen	Deutschland	Jahr
Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer in EUR (Inland)								
27 379	25 697	26 261	13 246	12 924	23 907	12 893	24 254	1991
29 129	27 568	27 891	17 137	16 671	25 514	16 575	26 747	1992
29 875	28 184	28 486	19 749	19 290	26 203	18 949	27 845	1993
30 585	28 939	29 140	21 149	20 745	27 060	20 193	28 650	1994
31 574	29 759	29 808	22 520	22 005	27 934	21 357	29 643	1995
31 807	29 912	29 996	22 944	22 479	28 209	21 870	29 954	1996
31 926	30 037	30 117	23 133	22 686	28 369	22 149	30 157	1997
32 012	30 204	30 298	23 346	22 863	28 367	22 365	30 433	1998
32 201	30 313	30 464	23 739	23 280	28 610	22 920	30 776	1999
32 384	30 729	30 851	24 053	23 314	28 916	23 295	31 193	2000
32 840	31 104	31 860	24 528	23 755	29 368	23 898	31 783	2001
33 235	31 251	31 635	24 823	24 202	29 799	24 446	32 183	2002
33 587	31 744	32 130	25 282	24 528	30 179	25 041	32 676	2003
33 677	31 640	32 506	25 484	24 749	29 991	25 215	32 738	2004
33 762	31 515	32 487	25 495	24 904	29 954	25 342	32 818	2005
33 815	31 839	32 807	25 783	25 074	29 882	25 635	33 150	2006
33 972	32 031	33 156	26 103	25 164	30 194	25 893	33 440	2007
34 732	32 543	33 046	26 872	25 935	30 661	26 596	34 145	2008
34 991	32 935	32 781	27 255	26 594	30 856	26 843	34 215	2009
35 842	33 600	34 042	28 080	27 403	31 511	27 560	35 091	2010
36 920	34 368	35 020	28 944	28 304	32 215	28 409	36 129	2011
37 960	35 118	35 522	29 697	29 276	32 945	29 373	37 035	2012
38 385	36 243	36 511	30 341	29 778	33 582	30 177	37 709	2013
39 706	37 164	37 173	31 207	30 834	34 278	31 286	38 766	2014
40 207	38 128	37 834	32 561	32 364	35 161	32 607	39 802	2015
41 040	38 609	38 367	33 733	33 375	35 964	33 743	40 672	2016
42 032	39 225	39 190	34 698	34 466	36 838	34 602	41 716	2017
42 963	40 526	40 231	35 858	35 807	37 938	35 701	42 962	2018

6. Investitionsquote*) seit 1991 nach Bundesländern

Jahr	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern	Niedersachsen
------	-------------------	--------	--------	-------------	--------	---------	--------	------------------------	---------------

Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt in % (in jeweiligen Preisen)

1991	24,9	28,3	22,4	41,9	18,2	16,5	22,0	50,4	25,5
1992	24,4	27,5	22,9	45,4	17,5	18,2	21,5	62,6	24,2
1993	23,1	24,6	21,7	50,0	18,3	17,2	20,6	61,1	22,3
1994	21,8	25,3	20,2	52,2	15,3	15,5	18,3	58,4	21,8
1995	20,4	24,7	20,3	47,1	14,5	14,2	18,7	55,7	21,6
1996	20,3	24,3	24,3	48,2	15,6	14,0	17,4	48,6	20,9
1997	19,6	22,9	28,0	45,3	15,0	14,8	18,1	44,1	21,4
1998	20,2	23,7	22,9	44,2	16,0	15,7	18,4	40,9	22,1
1999	20,5	23,6	22,3	41,2	18,0	14,9	18,7	37,9	23,7
2000	21,4	24,5	20,8	37,6	18,1	16,4	18,5	35,6	23,7
2001	21,8	23,3	19,1	31,1	16,9	18,1	18,9	30,5	22,4
2002	20,7	21,9	16,2	27,3	16,8	19,5	17,2	26,4	21,3
2003	19,6	22,8	14,5	24,3	13,1	18,7	16,4	25,4	22,3
2004	20,2	21,7	15,7	24,1	15,4	22,1	16,6	25,1	19,9
2005	19,5	20,7	17,6	23,4	14,2	23,1	18,1	26,8	18,3
2006	20,5	24,1	17,3	23,7	15,0	23,8	17,5	27,7	18,9
2007	20,7	23,4	17,8	22,2	15,2	26,4	18,5	23,3	19,5
2008	21,5	23,6	17,2	22,7	15,4	27,3	20,2	23,8	18,8
2009	20,8	21,6	16,8	21,2	14,3	21,2	16,9	21,0	20,7
2010	20,0	21,9	17,3	21,2	14,8	24,6	17,9	22,8	20,0
2011	20,9	23,6	16,4	21,0	14,5	20,8	19,7	24,5	21,4
2012	22,0	23,2	18,7	22,7	18,8	19,7	18,0	23,9	21,2
2013	21,2	23,0	18,3	21,6	16,4	20,5	18,2	20,8	21,2
2014	21,0	23,4	19,6	21,7	14,2	22,5	17,9	21,8	21,0
2015	21,3	23,4	19,8	22,1	17,1	22,2	17,5	22,1	20,9
2016	21,5	23,3	19,7	23,6	16,0	20,7	18,3	23,3	20,6

*) Anteil der Bruttoanlageinvestitionen in jeweiligen Preisen am Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen.

Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: August 2018.

Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen	Deutschland	Jahr
---------------------	-----------------	----------	---------	----------------	--------------------	-----------	-------------	------

Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt in % (in jeweiligen Preisen)

20,7	24,0	20,9	42,9	43,1	22,0	46,2	24,9	1991
20,3	23,0	20,4	41,9	54,4	22,4	52,9	25,1	1992
18,4	22,1	18,6	39,6	53,7	21,2	56,0	23,9	1993
17,9	22,9	19,6	46,7	55,1	22,0	55,9	24,0	1994
17,1	23,0	20,5	46,2	53,0	22,8	50,2	23,4	1995
17,2	21,3	20,9	45,7	44,9	21,3	39,6	22,8	1996
17,1	21,9	21,2	43,2	41,9	21,8	38,9	22,5	1997
17,8	23,0	24,7	39,3	41,3	23,1	36,9	22,6	1998
19,3	23,4	23,8	36,6	37,0	23,9	38,3	22,9	1999
19,8	24,1	23,5	35,7	34,0	23,0	34,3	23,0	2000
19,1	22,1	18,7	27,6	26,0	20,7	32,0	21,7	2001
17,2	21,9	19,1	23,2	23,2	18,4	26,5	20,0	2002
16,4	19,7	19,0	23,0	22,3	18,3	26,6	19,5	2003
15,8	19,0	15,9	23,5	22,5	17,4	22,6	19,2	2004
16,7	18,7	15,2	21,5	20,7	17,4	23,2	19,1	2005
16,2	19,4	16,4	21,2	19,3	19,9	23,7	19,8	2006
16,4	20,4	16,9	24,0	19,8	20,0	24,4	20,1	2007
16,4	20,2	16,8	22,3	19,9	20,0	26,4	20,3	2008
15,8	20,6	14,9	20,9	21,7	18,6	22,1	19,2	2009
15,8	20,0	18,0	22,8	20,6	21,4	20,3	19,4	2010
16,6	21,0	17,2	23,6	18,7	23,1	21,1	20,3	2011
15,9	20,4	16,8	22,8	20,2	21,4	20,9	20,1	2012
15,7	20,9	17,4	21,1	19,4	18,6	19,7	19,7	2013
16,2	21,2	18,2	20,8	18,1	21,5	20,1	20,0	2014
16,0	20,8	18,0	19,0	18,0	20,6	18,5	19,9	2015
16,1	20,5	17,2	20,7	18,3	22,6	20,2	20,1	2016

7. Kapitalstock*) seit 1991 nach Bundesländern

Jahr	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern	Niedersachsen
Kettenindex (2010 = 100)									
1991	71,7	66,3	72,2	.	82,3	63,1	74,0	.	73,7
1992	73,8	68,5	74,5	.	83,8	64,9	76,1	.	75,7
1993	75,5	70,3	76,7	.	85,3	66,6	77,9	.	77,3
1994	77,1	72,3	78,6	.	86,2	67,9	79,4	.	79,0
1995	78,6	74,2	80,5	54,6	87,0	68,9	80,9	59,2	80,6
1996	80,0	76,0	83,0	59,5	87,9	69,9	82,3	64,1	82,0
1997	81,3	77,6	86,1	64,4	88,6	71,0	83,7	68,6	83,4
1998	82,7	79,5	88,2	69,2	89,6	72,4	85,1	72,7	85,0
1999	84,1	81,3	90,2	73,8	90,9	73,6	86,7	76,5	86,9
2000	85,8	83,3	91,9	78,0	92,3	75,1	88,2	80,0	88,8
2001	87,5	85,3	93,3	81,3	93,6	77,0	89,8	82,8	90,5
2002	89,1	87,0	94,2	84,0	94,8	79,0	91,1	85,0	91,9
2003	90,4	88,7	94,6	86,4	95,2	80,9	92,1	87,2	93,3
2004	91,7	90,3	95,1	88,6	96,1	83,5	93,1	89,2	94,4
2005	92,9	91,7	95,9	90,7	96,7	86,2	94,4	91,4	95,2
2006	94,4	93,6	96,7	92,9	97,5	89,1	95,5	93,7	96,1
2007	96,0	95,5	97,7	94,8	98,4	92,6	96,9	95,5	97,2
2008	97,6	97,3	98,5	96,8	99,3	96,1	98,5	97,3	98,1
2009	98,8	98,6	99,2	98,4	99,6	97,6	99,1	98,5	99,0
2010	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
2011	101,3	101,7	100,7	101,6	100,4	101,3	100,8	101,7	101,1
2012	102,9	103,4	101,8	103,3	101,8	102,2	101,6	103,1	102,3
2013	104,4	105,1	102,7	104,9	102,6	103,2	102,5	104,2	103,5
2014	105,8	106,8	104,0	106,5	102,9	104,7	103,4	105,3	104,8
2015	107,4	108,7	105,4	108,3	103,9	106,1	104,2	106,5	105,9
2016	109,1	110,6	107,0	110,3	104,6	107,2	105,2	107,8	107,2

*) Bruttoanlagevermögen (Anlagen) am Jahresende (preisbereinigt, Kettenindex 2010 = 100).

Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: August 2018

Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen	Deutschland	Jahr
---------------------	-----------------	----------	---------	----------------	--------------------	-----------	-------------	------

Kettenindex (2010 = 100)

77,6	73,8	79,8	.	.	75,5	.	68,5	1991
79,5	75,5	81,3	.	.	77,2	.	70,8	1992
81,0	77,1	82,4	.	.	78,7	.	72,8	1993
82,4	78,8	83,8	.	.	80,3	.	74,8	1994
83,7	80,5	85,3	59,5	61,8	82,1	57,3	76,8	1995
85,0	81,9	86,7	64,6	66,8	83,6	61,4	78,7	1996
86,2	83,5	88,1	69,6	71,5	85,2	65,6	80,6	1997
87,6	85,1	90,0	74,0	76,3	87,0	69,6	82,5	1998
89,2	86,9	91,8	78,0	80,4	88,9	73,9	84,5	1999
90,9	88,7	93,6	81,8	84,1	90,6	77,6	86,5	2000
92,5	90,2	94,6	84,5	86,5	92,0	81,1	88,4	2001
93,6	91,7	95,7	85,1	88,3	93,0	83,7	89,8	2002
94,5	92,8	96,6	87,3	90,2	93,8	86,4	91,2	2003
95,3	93,8	97,1	89,5	92,1	94,5	88,4	92,4	2004
96,2	94,6	97,5	91,2	93,5	95,2	90,5	93,6	2005
97,0	95,7	98,1	93,0	94,8	96,3	92,6	95,0	2006
97,9	96,8	98,8	95,3	96,2	97,3	94,8	96,5	2007
98,8	97,9	99,4	97,0	97,5	98,3	97,3	97,9	2008
99,4	99,0	99,4	98,4	98,8	99,0	98,7	98,9	2009
100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	2010
100,8	101,3	100,5	101,8	100,8	100,4	101,4	101,2	2011
101,4	102,4	100,8	103,4	101,9	101,5	102,7	102,4	2012
102,0	103,6	101,1	104,2	101,5	102,1	103,6	103,5	2013
102,7	104,9	101,6	105,4	102,1	103,3	104,8	104,7	2014
103,4	106,2	102,0	106,3	102,7	104,3	105,7	105,9	2015
104,0	107,5	102,2	107,4	103,3	105,6	106,9	107,2	2016

8. Bruttoanlageinvestitionen – in jeweiligen Preisen – seit 1991 nach Bundesländern

Jahr	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern	Niedersachsen
Bruttoanlageinvestitionen in Mill. EUR (in jeweiligen Preisen)									
1991	60 247	74 295	15 183	8 200	3 414	10 117	33 093	7 092	36 529
1992	62 178	77 489	17 089	11 041	3 375	11 524	34 045	10 858	36 798
1993	58 536	70 773	17 450	14 846	3 528	11 308	33 241	12 704	34 742
1994	57 242	75 443	16 765	17 926	3 055	10 509	30 461	14 094	35 475
1995	55 600	76 050	17 366	17 802	2 968	9 891	31 948	14 708	35 582
1996	56 425	76 265	20 619	19 129	3 187	9 992	30 563	13 316	34 560
1997	55 596	73 428	23 402	18 324	3 157	10 913	32 375	12 296	36 157
1998	58 790	79 352	19 194	18 320	3 407	11 887	33 595	11 464	38 637
1999	61 673	81 390	18 858	17 863	3 858	11 379	35 539	10 915	42 224
2000	66 223	87 774	17 776	16 807	4 051	12 812	35 976	10 383	43 524
2001	70 482	86 665	16 449	14 230	3 915	14 959	38 089	9 029	41 863
2002	67 538	83 510	14 015	12 683	3 994	16 383	34 858	7 883	39 509
2003	64 417	86 101	12 356	11 371	3 203	15 711	34 184	7 668	41 685
2004	67 295	84 772	13 404	11 558	3 813	19 018	34 904	7 699	38 070
2005	65 435	82 289	15 382	11 381	3 577	20 274	38 315	8 264	35 894
2006	73 175	99 566	15 604	12 040	3 940	21 232	38 338	8 767	38 694
2007	78 138	101 670	16 868	11 791	4 139	24 397	42 010	7 798	41 569
2008	81 917	103 228	17 078	12 443	4 246	26 013	46 516	8 200	41 194
2009	73 862	92 340	16 672	11 363	3 606	19 451	37 108	7 159	43 402
2010	76 961	98 565	17 852	11 879	3 957	23 279	40 638	7 963	44 491
2011	84 794	113 232	17 779	12 127	4 007	19 980	46 444	8 872	50 400
2012	91 107	114 781	20 539	13 383	5 416	19 325	42 932	8 785	51 300
2013	90 037	116 882	20 558	13 144	4 779	20 941	44 474	7 917	52 021
2014	92 414	123 904	23 061	13 893	4 278	23 568	45 419	8 640	53 767
2015	98 621	129 441	24 830	14 646	5 302	24 444	45 752	8 971	54 154
2016	102 237	134 928	26 323	16 196	5 089	23 100	50 071	9 669	57 396

Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: August 2018.

Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen	Deutschland	Jahr
---------------------	-----------------	----------	---------	----------------	--------------------	-----------	-------------	------

Bruttoanlageinvestitionen in Mill. EUR (in jeweiligen Preisen)

78 467	18 194	4 452	15 665	8 766	11 134	7 822	392 669	1991
81 064	18 220	4 509	18 921	13 824	12 023	11 942	424 903	1992
74 130	17 598	4 060	21 731	16 777	11 653	15 519	418 597	1993
74 400	18 963	4 489	29 759	19 840	12 520	18 113	439 056	1994
73 620	19 785	4 885	32 407	20 301	13 471	17 229	443 616	1995
74 300	18 358	4 872	33 268	17 953	12 785	14 110	439 703	1996
75 904	19 516	5 046	31 490	17 160	13 343	14 289	442 395	1997
80 758	20 705	5 968	29 035	17 093	14 306	13 925	456 438	1998
88 597	21 583	5 848	27 630	15 537	14 968	14 956	472 819	1999
92 861	22 659	5 977	26 982	14 408	14 733	13 589	486 536	2000
91 718	20 836	4 862	21 526	11 206	13 664	13 004	472 497	2001
84 073	21 195	4 951	18 798	10 351	12 031	10 946	442 718	2002
80 060	19 126	4 981	18 986	9 997	12 068	11 188	433 103	2003
79 372	19 049	4 359	19 900	10 279	11 743	9 736	434 972	2004
85 130	18 830	4 380	18 240	9 504	11 860	10 008	438 761	2005
85 261	20 307	4 889	18 792	9 229	13 920	10 617	474 371	2006
91 410	22 369	5 314	22 319	9 953	14 392	11 434	505 571	2007
93 662	22 521	5 317	20 933	10 133	14 871	12 537	520 809	2008
86 752	22 360	4 285	19 026	10 536	13 460	10 038	471 421	2009
89 691	22 872	5 466	21 642	10 596	15 816	9 783	501 449	2010
97 935	25 084	5 500	23 494	9 724	17 715	10 733	547 821	2011
94 731	24 993	5 422	23 152	10 962	17 105	10 813	554 746	2012
95 808	26 202	5 552	21 944	10 695	15 193	10 603	556 752	2013
102 342	27 693	6 089	22 802	10 202	18 100	11 378	587 549	2014
103 988	28 431	6 174	21 661	10 446	17 809	10 840	605 510	2015
106 628	28 686	5 951	24 506	10 916	20 194	12 139	634 029	2016

9. Verfügbares Einkommen*) seit 1991 nach Bundesländern

Jahr	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern	Niedersachsen
Verfügbares Einkommen*) in Mill. EUR									
1991	142 812	163 693	44 858	19 536	9 040	24 486	79 134	12 852	94 293
1992	151 353	174 301	47 116	23 848	9 464	25 877	83 837	15 592	100 862
1993	153 825	179 870	49 258	26 919	9 591	26 457	86 546	17 760	104 098
1994	157 056	185 846	50 111	28 938	9 576	26 968	88 842	19 079	107 499
1995	159 844	190 959	52 775	29 756	9 634	28 164	91 698	20 039	110 026
1996	163 388	194 636	51 789	31 216	9 831	28 710	93 495	20 529	112 108
1997	167 435	198 758	50 786	31 998	10 145	29 431	94 703	20 882	113 631
1998	170 632	203 602	49 827	32 767	10 432	29 864	96 507	21 095	114 602
1999	175 627	208 683	50 609	33 916	10 596	30 353	98 720	21 850	117 795
2000	178 798	211 499	51 259	34 689	10 719	30 648	99 867	22 242	119 640
2001	189 382	223 433	51 950	36 045	11 274	32 718	105 357	23 015	125 274
2002	190 818	226 016	51 528	36 451	10 922	32 265	106 455	23 263	124 725
2003	196 529	232 127	52 465	37 176	11 080	33 114	108 514	23 673	127 914
2004	199 746	236 731	52 554	37 823	11 074	34 701	109 751	24 136	129 523
2005	205 278	241 603	53 479	38 677	11 572	35 886	111 471	24 290	132 780
2006	211 395	247 600	54 546	39 399	11 936	37 774	114 235	24 705	135 672
2007	214 929	255 267	55 289	39 996	12 052	37 640	115 914	24 844	137 390
2008	219 854	261 425	56 568	41 052	13 122	37 372	118 209	25 414	140 420
2009	213 704	255 386	57 298	41 872	12 399	37 461	116 529	25 864	141 139
2010	221 146	264 255	58 463	41 940	12 301	37 623	120 628	25 936	143 880
2011	229 446	274 085	60 045	43 227	12 451	38 852	123 703	26 374	148 272
2012	235 886	283 326	61 585	43 445	12 888	39 654	127 368	26 934	152 640
2013	239 014	287 186	63 050	44 567	12 984	40 609	128 460	27 489	155 009
2014	245 839	296 936	64 501	45 692	13 200	40 633	131 887	28 044	159 343
2015	253 556	303 492	67 125	46 906	13 610	41 578	136 340	28 721	163 420
2016	261 807	313 028	69 311	48 538	13 921	42 983	139 833	29 632	167 995
2017	269 770	323 615	73 068	50 549	14 539	44 427	143 823	30 912	174 357

*) der privaten Haushalte einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck (Ausgabenkonzept).

Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: August 2018.

Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen	Deutschland	Jahr
---------------------	-----------------	----------	---------	----------------	--------------------	-----------	-------------	------

Verfügbares Einkommen*) in Mill. EUR

241 252	50 008	12 575	34 816	19 931	36 332	18 859	1 004 474	1991
252 802	53 164	13 452	41 758	23 766	38 342	22 065	1 077 601	1992
260 450	54 670	13 877	47 045	27 063	39 317	24 868	1 121 614	1993
267 011	56 632	14 322	50 668	29 275	40 431	26 489	1 158 744	1994
272 690	57 415	14 241	53 217	30 670	41 319	27 653	1 190 099	1995
276 306	58 793	14 469	55 036	31 399	42 328	28 531	1 212 563	1996
280 280	59 608	14 530	55 477	31 656	42 931	28 990	1 231 241	1997
283 102	60 644	14 714	56 063	32 027	43 139	29 825	1 248 842	1998
288 075	62 320	15 255	57 904	33 006	44 084	31 134	1 279 928	1999
293 432	63 850	15 559	58 771	33 213	44 367	31 583	1 300 134	2000
304 312	67 072	16 381	60 688	34 001	46 333	32 703	1 359 937	2001
304 392	68 237	16 685	61 562	34 092	46 858	32 988	1 367 257	2002
312 587	70 336	16 982	62 755	34 502	48 296	33 466	1 401 517	2003
319 620	71 905	17 318	63 738	34 731	49 255	33 897	1 426 503	2004
322 358	73 587	17 650	63 634	34 888	50 649	33 869	1 451 672	2005
325 803	75 447	17 609	65 068	35 383	51 193	34 625	1 482 390	2006
329 738	77 033	17 765	65 948	35 518	52 392	35 042	1 506 758	2007
339 167	77 983	17 881	67 167	36 422	53 541	35 611	1 541 208	2008
331 819	79 173	17 902	67 817	36 988	53 808	35 786	1 524 948	2009
341 115	79 147	18 362	68 840	37 291	54 662	36 072	1 561 663	2010
350 345	81 394	18 769	70 099	37 953	56 364	36 906	1 608 286	2011
356 278	82 762	19 052	71 593	38 607	58 180	37 479	1 647 677	2012
359 745	83 321	19 114	72 720	39 057	59 228	38 169	1 669 721	2013
367 715	85 023	19 046	74 112	39 936	60 512	38 897	1 711 314	2014
374 600	87 843	19 487	75 977	40 837	61 888	39 819	1 755 199	2015
385 264	90 074	19 938	78 512	42 042	63 723	41 125	1 807 726	2016
398 530	92 513	20 432	81 306	43 562	65 983	42 529	1 869 916	2017

10. Verfügbares Einkommen*) je Einwohner seit 1991 nach Bundesländern

Jahr	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern	Niedersachsen
------	-------------------	--------	--------	-------------	--------	---------	--------	------------------------	---------------

Verfügbares Einkommen*) je Einwohner in EUR

1991	14 420	14 212	13 055	7 632	13 246	14 761	13 649	6 739	12 695
1992	15 059	14 937	13 679	9 388	13 836	15 467	14 277	8 309	13 421
1993	15 156	15 253	14 275	10 617	14 037	15 693	14 590	9 593	13 707
1994	15 405	15 670	14 546	11 436	14 085	15 954	14 918	10 405	14 041
1995	15 636	16 024	15 367	11 758	14 215	16 675	15 355	10 997	14 262
1996	15 925	16 260	15 150	12 304	14 539	17 026	15 608	11 322	14 453
1997	16 279	16 564	14 999	12 547	15 080	17 510	15 793	11 574	14 601
1998	16 570	16 948	14 891	12 771	15 630	17 852	16 096	11 761	14 691
1999	17 012	17 319	15 258	13 160	16 017	18 188	16 450	12 255	15 062
2000	17 260	17 459	15 539	13 442	16 309	18 325	16 609	12 566	15 254
2001	18 195	18 324	15 789	14 001	17 210	19 483	17 498	13 122	15 930
2002	18 237	18 429	15 681	14 225	16 660	19 183	17 660	13 394	15 822
2003	18 724	18 867	16 010	14 573	16 869	19 690	17 999	13 752	16 205
2004	19 002	19 208	16 092	14 881	16 857	20 648	18 210	14 135	16 403
2005	19 512	19 578	16 402	15 275	17 623	21 347	18 506	14 342	16 829
2006	20 096	20 036	16 733	15 633	18 178	22 395	19 015	14 712	17 229
2007	20 443	20 625	16 953	15 957	18 374	22 190	19 342	14 929	17 484
2008	20 926	21 112	17 322	16 474	20 051	21 968	19 758	15 421	17 923
2009	20 370	20 645	17 525	16 899	18 980	22 052	19 510	15 845	18 078
2010	21 101	21 358	17 856	17 005	18 860	22 109	20 208	16 011	18 477
2011	21 861	22 080	18 183	17 592	19 102	22 695	20 681	16 373	19 067
2012	22 378	22 700	18 380	17 723	19 722	22 971	21 210	16 796	19 628
2013	22 548	22 862	18 552	18 195	19 790	23 334	21 300	17 197	19 912
2014	23 032	23 477	18 719	18 623	20 011	23 158	21 729	17 551	20 406
2015	23 481	23 771	19 206	18 980	20 414	23 423	22 223	17 886	20 747
2016	23 984	24 290	19 538	19 495	20 620	23 894	22 573	18 388	21 168
2017	24 552	24 963	20 330	20 225	21 384	24 404	23 092	19 190	21 920

*) der privaten Haushalte einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck (Ausgabenkonzept).

Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: August 2018.

Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen	Deutschland	Jahr
---------------------	-----------------	----------	---------	----------------	--------------------	-----------	-------------	------

Verfügbares Einkommen*) je Einwohner in EUR

13 848	13 187	11 704	7 377	6 999	13 782	7 279	12 560	1991
14 389	13 808	12 467	8 973	8 466	14 413	8 633	13 386	1992
14 735	14 010	12 826	10 197	9 725	14 666	9 812	13 856	1993
15 061	14 385	13 247	11 059	10 599	15 014	10 519	14 279	1994
15 337	14 490	13 183	11 679	11 190	15 270	11 053	14 637	1995
15 496	14 748	13 404	12 142	11 539	15 555	11 475	14 884	1996
15 696	14 880	13 493	12 311	11 723	15 697	11 729	15 105	1997
15 855	15 095	13 738	12 532	11 977	15 713	12 146	15 333	1998
16 135	15 489	14 315	13 047	12 476	16 005	12 765	15 720	1999
16 433	15 852	14 649	13 351	12 706	16 047	13 043	15 961	2000
17 032	16 616	15 470	13 920	13 189	16 686	13 624	16 683	2001
17 018	16 858	15 796	14 260	13 408	16 803	13 868	16 760	2002
17 477	17 358	16 126	14 657	13 736	17 270	14 195	17 186	2003
17 885	17 740	16 524	14 993	13 990	17 583	14 502	17 512	2004
18 064	18 157	16 942	15 067	14 216	18 059	14 624	17 848	2005
18 295	18 637	17 023	15 506	14 585	18 244	15 106	18 262	2006
18 562	19 062	17 300	15 831	14 826	18 666	15 454	18 604	2007
19 160	19 358	17 535	16 251	15 407	19 085	15 871	19 083	2008
18 827	19 736	17 691	16 527	15 848	19 209	16 104	18 948	2009
19 419	19 792	18 275	16 882	16 151	19 524	16 369	19 452	2010
19 968	20 389	18 771	17 265	16 595	20 122	16 864	20 035	2011
20 301	20 742	19 127	17 668	17 022	20 746	17 223	20 487	2012
20 483	20 870	19 259	17 963	17 343	21 068	17 625	20 704	2013
20 887	21 240	19 240	18 295	17 828	21 432	18 018	21 132	2014
21 102	21 785	19 638	18 667	18 227	21 755	18 403	21 487	2015
21 550	22 189	20 016	19 227	18 762	22 201	19 000	21 952	2016
22 263	22 731	20 527	19 920	19 537	22 864	19 738	22 623	2017

11. Private Konsumausgaben – in jeweiligen Preisen – seit 1991 nach Bundesländern

Jahr	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern	Niedersachsen
Private Konsumausgaben in Mill. EUR (in jeweiligen Preisen)									
1991	124 972	143 213	39 940	18 217	8 124	21 622	69 318	12 062	83 646
1992	133 081	153 130	41 950	21 833	8 549	22 983	73 753	14 357	89 877
1993	136 146	158 698	43 829	24 348	8 671	23 584	76 551	16 173	93 204
1994	140 323	165 376	44 950	26 160	8 721	24 288	79 219	17 311	97 039
1995	143 754	170 979	47 670	26 998	8 865	25 429	82 014	18 209	100 080
1996	147 034	174 384	47 009	28 361	9 136	26 173	83 950	18 727	101 888
1997	151 389	178 760	46 301	29 191	9 529	26 907	85 525	19 208	104 038
1998	154 843	184 132	45 611	29 812	9 742	27 419	87 604	19 377	105 583
1999	159 821	189 621	46 664	31 116	9 958	27 974	89 977	20 194	108 947
2000	164 617	194 346	48 065	32 328	10 220	28 451	92 042	20 973	112 440
2001	172 051	202 985	48 353	33 301	10 614	29 943	95 786	21 545	116 281
2002	172 895	205 034	48 016	33 830	10 338	29 491	96 692	21 815	115 723
2003	177 188	209 306	48 692	34 428	10 338	30 165	98 147	22 102	117 886
2004	180 005	213 591	48 754	34 831	10 387	31 706	99 278	22 458	119 129
2005	185 120	218 297	49 738	35 631	10 941	32 974	100 999	22 713	122 777
2006	191 705	224 835	50 924	36 364	11 339	34 751	103 785	23 169	126 391
2007	194 483	231 338	51 686	36 892	11 435	34 631	105 249	23 359	128 072
2008	198 932	236 943	53 029	37 629	12 458	34 263	107 704	23 853	131 240
2009	195 027	233 568	54 186	38 633	11 848	34 529	106 850	24 399	132 604
2010	201 794	241 384	55 322	38 675	11 696	34 625	110 601	24 505	135 115
2011	209 993	251 206	57 000	40 096	11 939	36 028	113 713	25 073	139 625
2012	216 445	260 380	58 869	40 591	12 415	37 065	117 272	25 815	144 234
2013	219 568	264 454	60 518	41 887	12 558	38 057	118 689	26 546	146 738
2014	224 320	272 026	61 611	42 787	12 717	37 941	121 395	26 904	150 065
2015	230 730	277 345	63 768	43 684	13 135	38 616	125 302	27 401	153 542
2016	238 155	286 106	65 569	44 950	13 249	39 593	128 431	27 996	157 765
2017	245 112	295 733	68 932	46 644	13 816	40 831	131 916	29 120	163 729

Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: August 2018.

Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen	Deutschland	Jahr
---------------------	-----------------	----------	---------	----------------	--------------------	-----------	-------------	------

Private Konsumausgaben in Mill. EUR (in jeweiligen Preisen)

213 102	44 089	11 301	32 653	18 709	32 056	17 665	890 689	1991
224 908	47 060	12 183	38 553	21 915	33 959	20 367	958 458	1992
232 440	48 857	12 658	42 886	24 676	35 048	22 643	1 000 413	1993
240 688	51 096	13 174	46 113	26 663	36 265	24 161	1 041 546	1994
247 210	52 136	13 162	48 457	28 036	37 309	25 303	1 075 612	1995
251 416	53 478	13 487	50 430	28 746	38 346	26 197	1 098 762	1996
256 142	54 348	13 620	51 164	29 234	39 137	26 742	1 121 235	1997
260 052	55 525	13 746	51 474	29 444	39 480	27 348	1 141 190	1998
265 777	57 304	14 292	53 505	30 537	40 421	28 719	1 174 825	1999
274 148	59 432	14 808	55 420	31 362	41 096	29 680	1 209 427	2000
280 838	61 677	15 362	56 758	31 821	42 561	30 473	1 250 347	2001
280 650	62 767	15 626	57 812	32 038	42 998	30 830	1 256 553	2002
286 428	64 081	15 832	58 636	32 239	44 129	31 275	1 280 872	2003
293 007	65 510	16 132	59 320	32 403	44 990	31 549	1 303 050	2004
295 661	67 336	16 453	59 388	32 567	46 387	31 570	1 328 551	2005
300 535	69 188	16 519	60 792	33 153	47 018	32 370	1 362 837	2006
304 437	70 679	16 701	61 672	33 264	48 290	32 712	1 384 900	2007
313 330	71 499	16 755	62 674	34 090	49 249	33 086	1 416 734	2008
309 241	73 165	16 859	63 870	34 831	49 851	33 577	1 413 041	2009
317 775	72 947	17 271	64 876	35 147	50 692	33 850	1 446 274	2010
328 098	75 270	17 722	66 543	36 002	52 437	34 789	1 495 533	2011
334 858	76 942	18 082	68 316	36 883	54 363	35 498	1 538 029	2012
339 639	77 711	18 212	69 636	37 377	55 534	36 377	1 563 500	2013
345 388	79 006	18 086	70 544	38 105	56 362	36 886	1 594 143	2014
351 115	81 380	18 422	72 092	38 895	57 762	37 698	1 630 887	2015
359 171	83 224	18 751	74 260	40 051	59 447	38 853	1 675 569	2016
372 016	85 352	19 177	76 721	41 475	61 525	40 078	1 732 176	2017

12. Private Konsumausgaben – in jeweiligen Preisen – je Einwohner seit 1991

Jahr	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern	Niedersachsen
------	-------------------	--------	--------	-------------	--------	---------	--------	------------------------	---------------

Private Konsumausgaben je Einwohner in EUR (in jeweiligen Preisen)

1991	12 618	12 434	11 623	7 117	11 904	13 035	11 956	6 325	11 261
1992	13 241	13 123	12 179	8 595	12 498	13 737	12 560	7 651	11 959
1993	13 414	13 457	12 702	9 603	12 691	13 989	12 905	8 737	12 273
1994	13 763	13 944	13 047	10 338	12 826	14 369	13 302	9 441	12 674
1995	14 062	14 348	13 881	10 669	13 080	15 056	13 734	9 993	12 973
1996	14 331	14 568	13 752	11 179	13 512	15 522	14 014	10 328	13 135
1997	14 719	14 898	13 674	11 447	14 164	16 009	14 262	10 646	13 369
1998	15 037	15 328	13 631	11 619	14 597	16 390	14 611	10 803	13 535
1999	15 481	15 737	14 069	12 074	15 052	16 762	14 993	11 326	13 931
2000	15 891	16 043	14 571	12 527	15 549	17 011	15 307	11 849	14 336
2001	16 530	16 647	14 696	12 936	16 202	17 830	15 909	12 284	14 787
2002	16 524	16 718	14 612	13 202	15 770	17 533	16 041	12 560	14 680
2003	16 881	17 012	14 858	13 496	15 738	17 937	16 279	12 839	14 935
2004	17 124	17 330	14 929	13 704	15 811	18 866	16 472	13 152	15 087
2005	17 596	17 690	15 255	14 072	16 661	19 614	16 768	13 411	15 561
2006	18 225	18 194	15 622	14 429	17 270	20 603	17 276	13 797	16 050
2007	18 498	18 692	15 849	14 719	17 433	20 416	17 562	14 037	16 298
2008	18 935	19 135	16 238	15 101	19 037	20 141	18 002	14 474	16 752
2009	18 590	18 881	16 574	15 592	18 137	20 326	17 889	14 948	16 985
2010	19 254	19 509	16 896	15 681	17 932	20 347	18 528	15 127	17 351
2011	20 008	20 237	17 261	16 318	18 317	21 045	19 011	15 565	17 955
2012	20 534	20 861	17 570	16 559	18 999	21 472	19 529	16 098	18 547
2013	20 714	21 052	17 807	17 101	19 141	21 868	19 680	16 608	18 849
2014	21 016	21 508	17 880	17 439	19 279	21 624	20 000	16 838	19 218
2015	21 368	21 723	18 246	17 676	19 701	21 754	20 424	17 064	19 493
2016	21 818	22 201	18 484	18 054	19 625	22 009	20 733	17 372	19 879
2017	22 308	22 812	19 179	18 662	20 320	22 428	21 181	18 077	20 584

Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: August 2018.

nach Bundesländern

Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen	Deutschland	Jahr
Private Konsumausgaben je Einwohner in EUR (in jeweiligen Preisen)								
12 232	11 626	10 518	6 919	6 570	12 161	6 819	11 137	1991
12 802	12 222	11 291	8 285	7 806	12 766	7 968	11 906	1992
13 150	12 521	11 700	9 295	8 867	13 074	8 934	12 359	1993
13 576	12 979	12 185	10 065	9 653	13 467	9 594	12 835	1994
13 904	13 158	12 184	10 634	10 229	13 788	10 114	13 229	1995
14 100	13 415	12 494	11 126	10 565	14 092	10 536	13 487	1996
14 344	13 567	12 648	11 354	10 826	14 309	10 820	13 756	1997
14 564	13 820	12 834	11 506	11 011	14 380	11 137	14 012	1998
14 886	14 242	13 412	12 056	11 543	14 675	11 774	14 429	1999
15 353	14 755	13 941	12 590	11 998	14 864	12 258	14 847	2000
15 718	15 280	14 507	13 018	12 344	15 328	12 695	15 338	2001
15 691	15 507	14 793	13 391	12 600	15 419	12 960	15 403	2002
16 015	15 815	15 034	13 695	12 835	15 779	13 265	15 707	2003
16 396	16 162	15 392	13 954	13 052	16 061	13 498	15 997	2004
16 568	16 614	15 793	14 062	13 270	16 539	13 631	16 334	2005
16 876	17 091	15 969	14 487	13 665	16 756	14 122	16 789	2006
17 138	17 489	16 264	14 805	13 885	17 205	14 427	17 099	2007
17 701	17 748	16 431	15 164	14 421	17 555	14 746	17 542	2008
17 546	18 238	16 660	15 565	14 923	17 796	15 110	17 557	2009
18 090	18 242	17 189	15 909	15 223	18 106	15 360	18 014	2010
18 700	18 855	17 724	16 389	15 742	18 720	15 896	18 630	2011
19 081	19 283	18 153	16 859	16 262	19 385	16 313	19 124	2012
19 338	19 465	18 350	17 201	16 597	19 754	16 797	19 387	2013
19 619	19 737	18 271	17 415	17 011	19 962	17 086	19 685	2014
19 779	20 183	18 564	17 713	17 360	20 305	17 423	19 965	2015
20 090	20 502	18 824	18 186	17 873	20 711	17 951	20 347	2016
20 782	20 972	19 265	18 797	18 601	21 319	18 601	20 956	2017

13. Sparen*) der privaten Haushalte seit 1991 nach Bundesländern

Jahr	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern	Niedersachsen
Sparen*) der privaten Haushalte in Mill. EUR									
1991	20 180	23 202	5 428	1 319	1 077	3 256	11 186	790	12 402
1992	20 967	24 299	5 746	2 018	1 099	3 343	11 659	1 237	13 000
1993	19 895	23 748	5 901	2 573	1 069	3 241	11 290	1 588	12 552
1994	19 166	23 299	5 677	2 781	1 018	3 083	11 044	1 769	12 287
1995	18 854	23 202	5 686	2 760	952	3 192	11 298	1 832	12 031
1996	18 696	22 984	5 273	2 864	849	2 922	10 912	1 809	11 990
1997	18 511	22 873	5 021	2 864	777	2 926	10 614	1 715	11 457
1998	18 593	22 740	4 831	3 049	871	2 901	10 535	1 785	11 143
1999	18 490	22 194	4 544	2 924	810	2 813	10 303	1 742	10 881
2000	18 518	22 226	4 149	2 554	775	2 898	10 342	1 401	10 484
2001	20 867	24 590	4 371	2 902	883	3 346	11 617	1 578	11 665
2002	21 405	25 062	4 271	2 777	802	3 334	11 768	1 554	11 625
2003	22 891	26 983	4 543	2 907	965	3 518	12 407	1 679	12 699
2004	23 089	27 067	4 840	3 247	897	3 530	12 393	1 849	12 909
2005	23 962	27 767	4 919	3 332	869	3 520	12 649	1 769	12 855
2006	24 523	28 442	5 119	3 407	898	3 798	13 210	1 785	12 899
2007	25 713	30 129	5 236	3 517	946	3 859	13 668	1 760	13 254
2008	26 949	31 585	5 412	3 901	1 039	4 084	13 938	1 878	13 674
2009	25 109	29 402	5 116	3 772	951	3 974	13 341	1 816	13 321
2010	25 830	30 519	5 165	3 831	1 008	4 050	13 716	1 803	13 579
2011	26 022	30 649	5 112	3 726	920	3 895	13 734	1 691	13 515
2012	26 371	31 150	4 918	3 502	902	3 723	14 043	1 544	13 518
2013	26 327	30 886	4 738	3 314	852	3 681	13 685	1 356	13 325
2014	28 765	33 495	5 230	3 601	930	3 883	14 612	1 593	14 578
2015	30 142	34 797	5 725	3 941	927	4 165	15 195	1 786	15 214
2016	30 868	35 442	6 087	4 307	1 118	4 579	15 497	2 102	15 476
2017	32 234	36 821	6 614	4 652	1 192	4 852	16 202	2 274	16 113

*) Das Sparen der privaten Haushalte (einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck) berechnet sich aus dem nicht konsumierten Teil des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte zuzüglich der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche.

Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: August 2018.

Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen	Deutschland	Jahr
---------------------	-----------------	----------	---------	----------------	--------------------	-----------	-------------	------

Sparen*) der privaten Haushalte in Mill. EUR

32 267	6 816	1 527	2 163	1 221	4 898	1 193	128 925	1991
32 605	7 136	1 558	3 209	1 854	5 097	1 701	136 529	1992
31 870	6 665	1 455	4 164	2 390	4 854	2 227	135 483	1993
30 554	6 475	1 406	4 560	2 614	4 808	2 331	132 873	1994
30 287	6 350	1 371	4 764	2 636	4 742	2 352	132 308	1995
28 960	6 225	1 229	4 623	2 662	4 602	2 343	128 943	1996
28 416	6 220	1 167	4 415	2 483	4 450	2 304	126 215	1997
27 912	6 213	1 260	4 755	2 681	4 406	2 568	126 243	1998
26 939	6 062	1 239	4 613	2 597	4 379	2 533	123 064	1999
26 761	6 105	1 196	3 680	2 046	4 428	2 084	119 647	2000
29 545	6 766	1 379	4 198	2 339	4 715	2 378	133 139	2001
29 692	6 817	1 411	4 012	2 209	4 788	2 303	133 829	2002
32 209	7 626	1 506	4 388	2 420	5 114	2 340	144 193	2003
32 306	7 687	1 520	4 843	2 577	5 157	2 581	146 491	2004
33 147	7 715	1 574	4 725	2 599	5 276	2 562	149 240	2005
33 449	8 119	1 565	4 896	2 589	5 464	2 593	152 754	2006
34 200	8 379	1 578	4 963	2 649	5 509	2 704	158 064	2007
35 992	8 795	1 711	5 286	2 785	5 901	2 955	165 884	2008
33 383	8 467	1 664	4 830	2 659	5 675	2 687	156 169	2009
34 198	8 672	1 712	4 899	2 673	5 701	2 728	160 083	2010
33 229	8 623	1 673	4 539	2 504	5 680	2 648	158 159	2011
32 957	8 443	1 625	4 349	2 324	5 660	2 557	157 586	2012
31 507	8 201	1 546	4 133	2 264	5 518	2 354	153 687	2013
34 276	8 734	1 631	4 716	2 466	6 066	2 623	167 199	2014
35 512	9 195	1 738	5 069	2 594	6 053	2 750	174 802	2015
37 912	9 533	1 846	5 431	2 639	6 174	2 897	181 910	2016
38 857	9 967	1 942	5 804	2 753	6 447	3 095	189 820	2017

14. Sparquote*) der privaten Haushalte seit 1991 nach Bundesländern

Jahr	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern	Niedersachsen
Sparquote*) der privaten Haushalte in %									
1991	13,9	13,9	12,0	6,8	11,7	13,1	13,9	6,1	12,9
1992	13,6	13,7	12,0	8,5	11,4	12,7	13,7	7,9	12,6
1993	12,7	13,0	11,9	9,6	11,0	12,1	12,9	8,9	11,9
1994	12,0	12,3	11,2	9,6	10,5	11,3	12,2	9,3	11,2
1995	11,6	11,9	10,7	9,3	9,7	11,2	12,1	9,1	10,7
1996	11,3	11,6	10,1	9,2	8,5	10,0	11,5	8,8	10,5
1997	10,9	11,3	9,8	8,9	7,5	9,8	11,0	8,2	9,9
1998	10,7	11,0	9,6	9,3	8,2	9,6	10,7	8,4	9,5
1999	10,4	10,5	8,9	8,6	7,5	9,1	10,3	7,9	9,1
2000	10,1	10,3	7,9	7,3	7,0	9,2	10,1	6,3	8,5
2001	10,8	10,8	8,3	8,0	7,7	10,1	10,8	6,8	9,1
2002	11,0	10,9	8,2	7,6	7,2	10,2	10,9	6,6	9,1
2003	11,4	11,4	8,5	7,8	8,5	10,4	11,2	7,1	9,7
2004	11,4	11,2	9,0	8,5	7,9	10,0	11,1	7,6	9,8
2005	11,5	11,3	9,0	8,6	7,4	9,6	11,1	7,2	9,5
2006	11,3	11,2	9,1	8,6	7,3	9,9	11,3	7,2	9,3
2007	11,7	11,5	9,2	8,7	7,6	10,0	11,5	7,0	9,4
2008	11,9	11,8	9,3	9,4	7,7	10,7	11,5	7,3	9,4
2009	11,4	11,2	8,6	8,9	7,4	10,3	11,1	6,9	9,1
2010	11,3	11,2	8,5	9,0	7,9	10,5	11,0	6,9	9,1
2011	11,0	10,9	8,2	8,5	7,2	9,8	10,8	6,3	8,8
2012	10,9	10,7	7,7	7,9	6,8	9,1	10,7	5,6	8,6
2013	10,7	10,5	7,3	7,3	6,4	8,8	10,3	4,9	8,3
2014	11,4	11,0	7,8	7,8	6,8	9,3	10,7	5,6	8,9
2015	11,6	11,1	8,2	8,3	6,6	9,7	10,8	6,1	9,0
2016	11,5	11,0	8,5	8,7	7,8	10,4	10,8	7,0	8,9
2017	11,6	11,1	8,8	9,1	7,9	10,6	10,9	7,2	9,0

*) Die Relation aus dem Sparen der privaten Haushalte (einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck) und dem Verfügbaren Einkommen (letzteres erhöht um die Zunahme der betrieblichen Versorgungsansprüche) wird als Sparquote der privaten Haushalte bezeichnet.

Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: August 2018.

Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen	Deutschland	Jahr
---------------------	-----------------	----------	---------	----------------	--------------------	-----------	-------------	------

Sparquote*) der privaten Haushalte in %

13,2	13,4	11,9	6,2	6,1	13,3	6,3	12,6	1991
12,7	13,2	11,3	7,7	7,8	13,1	7,7	12,5	1992
12,1	12,0	10,3	8,8	8,8	12,2	9,0	11,9	1993
11,3	11,2	9,6	9,0	8,9	11,7	8,8	11,3	1994
10,9	10,9	9,4	9,0	8,6	11,3	8,5	11,0	1995
10,3	10,4	8,3	8,4	8,5	10,7	8,2	10,5	1996
10,0	10,3	7,9	7,9	7,8	10,2	7,9	10,1	1997
9,7	10,1	8,4	8,5	8,3	10,0	8,6	10,0	1998
9,2	9,6	8,0	7,9	7,8	9,8	8,1	9,5	1999
8,9	9,3	7,5	6,2	6,1	9,7	6,6	9,0	2000
9,5	9,9	8,2	6,9	6,8	10,0	7,2	9,6	2001
9,6	9,8	8,3	6,5	6,4	10,0	6,9	9,6	2002
10,1	10,6	8,7	7,0	7,0	10,4	7,0	10,1	2003
9,9	10,5	8,6	7,5	7,4	10,3	7,6	10,1	2004
10,1	10,3	8,7	7,4	7,4	10,2	7,5	10,1	2005
10,0	10,5	8,7	7,5	7,2	10,4	7,4	10,1	2006
10,1	10,6	8,6	7,4	7,4	10,2	7,6	10,2	2007
10,3	11,0	9,3	7,8	7,6	10,7	8,2	10,5	2008
9,7	10,4	9,0	7,0	7,1	10,2	7,4	10,0	2009
9,7	10,6	9,0	7,0	7,1	10,1	7,5	10,0	2010
9,2	10,3	8,6	6,4	6,5	9,8	7,1	9,6	2011
9,0	9,9	8,2	6,0	5,9	9,4	6,7	9,3	2012
8,5	9,5	7,8	5,6	5,7	9,0	6,1	8,9	2013
9,0	10,0	8,3	6,3	6,1	9,7	6,6	9,5	2014
9,2	10,2	8,6	6,6	6,3	9,5	6,8	9,7	2015
9,5	10,3	9,0	6,8	6,2	9,4	6,9	9,8	2016
9,5	10,5	9,2	7,0	6,2	9,5	7,2	9,9	2017

Verwaltungskarte Deutschland

Länder, Regierungsbezirke, Kreise



Ausgabe 2017 - letzte Änderung: 01.01.2017

Lambert winkeltreue Kegelabbildung
Ellipsoid WGS84, Datum WGS84

© Bundesamt für Kartographie und Geodäsie, Frankfurt am Main (2017)
<http://www.bkg.bund.de/produkte>
Vervielfältigung, Verbreitung und öffentliche Zugänglichmachung,
auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

Maßstab

0 10 20 40 60 80 100 Kilometer

1 : 2 500 000



